

Er scheint täglich aus... Preis pränumerando... 1.10 Mt., wöchentlich 3/4 Pf. frei in's Haus.

Vorwärts

Infektions-Gebäude beträgt für die... Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 8. März 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Altenburg 50.—, Akerleben, organisierte Bergarbeiter 10.—, Augsburg, die lustigen Gaigbrüder 12.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 600.—, darunter ein Rothe aus Paris 3.—, von Arbeitern der Bäckerei Vorwärts 1. Rate 7.—, 4. Kreis (Südost) 700.—, darunter Ungenannt 50.—, Urania-Überschuß des Bes. und Tischklub Südost 80.—, 6. Kreis (Noabit) 200.—, darunter amerit. Kult. Wittkoderstr. 4 2.50, Vereinte Sangesbrüder Noabit, Uebersch. v. Maskenball 10.—, durch Moritz 3.—, 6. Kreis (Rosenthaler Vorstadt) 150.—, 6. Kr. (Oranienb. Vorst., Wedding u. Gesundbrunnen) 200.—, darunter unsichtbare Hand 3.—, Leseklub „Neue Zeit“ 43.95, Geburtstagsfeier bei Gieshoit 1.60, Berlin, diverse Beiträge: P. S. 50.—, A. B. 50.—, Dr. L. A. 20.—, Hochzeit, Steinmehlfabrik, B. 1.80, Amer. Kuktion b. Stiftungsfest des Wahlvereins des 6. Kr. 11.50, Werkstat. von Heinrich und Brandenburg, Bergmannstr. 11, 7.65, Sechs Schwärze 2. Kl. d. Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft 3.50, Freie Vereinigung selbstständ. Barbier 6.75, Uebersch. v. Neue Welt-Kalender, Martinidenfeld 8.—, Zigarrenfabrikant R. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21, 9.—, Gärtler der Fabrik von Gebr. L. 10.—, Drei v. Freesegehe grüne Jungens aus Noabit 3.—, Gießerei Oranienstr. 9 mit einer Ausnahme 2.50, Gesammelt auf einem Geburtstags der Militärmehnenarbeiter 8.10, Kontobuch-Arbeiter Kochstr. 5.—, Statbrüder bei Weckmann 7.—, Die roten Buchbinder Grünstraße 5.—, Maskenball der Lederarbeiter Berlin durch B. 3.40, Pfeiffer's Brotbäckerei 1.50, Amerikanische Kuktion auf Niels Geburtstags 3.—, Schwarzer Mann 1.90, Gesammelt bei der Geburtstagsfeier der Zwillingbrüder Pfeischer 3.—, G. Rangstr. 1.20, Saal 2.50, Eine sozialdemokratische Nichte und 4 dito Neffen 1.85, Gesammelt auf einer gemüthlichen Hochzeit 1.45, G. J. 1.—, Rothe Kindtaufe in Nowawes 1.10, Verächter Touristenklub, Nowawes 1.20, G. B. vom 1. März 90 1.—, Angelerverein „Freundschaft“ 20.—, Student 107 1.—, Beim Staspiel gesammelt bei W. Feller, Friedrichsbergerstraße 24 10.—, Wih. Quappe, rothe Kindtaufe 4.45, Vergnügungsverein Freundschaft zu Tegel 10.—, Von Mitgliedern d. U. D. 1.10, Von der Auflösung des Stasclubs Kreuz Solo 5.—, Jugendbund 7.—, Budister Breiterstraße 3.—, Vom Athleten Atlas 5.—, F. P. 48 1.—, Gesammelt auf dem Vergnügen der Tapezierer von J. C. Pfaff, Zeughostr. 3 3.60, Von 2 städtischen Beamten bei Kartoffel und Schmalz 2.00, Breslau, A. V. 100, Brandenburg, ges. auf der Hochzeit der rothen Puppe 3.50, Breslau, Wahlkreis Breslau-Ost 100.—, Bischofswerda, ges. auf einer rothen Kindtaufe 2.50, Brandenburg, ges. auf drei rothen Geburtstagen v. G. L. bei G. Sch. 4.50, Dresden, 4. sächs. Wahlkreis 800.—, Delmenhorst, Zimmerleute von D. und Umgeg. 56.70, Göttingen, Ueberschuß vom „Wahren Jakob“ 12.—, Flensburg, Steinscher 5.70, Götting, durch R. 50.—, Groß-Lichterfelde, gesammelt auf einer Tischlerhochzeit 1.50, Gera (Neuh.), von den Genossen 100.—, Gagen, Ueberschuß der „Volkswehr“, 3. Rate, 100.—, Hamburg, J. R. 1.15, Hamburg, von den Tabakarbeitern der Fabrik von Böbling u. Wuhle, 1. Rate 19.90, Hannover 500.—, Harburg, Ueberschuß einer amerikanischen Kuktion durch G. D. 5.70, Hamburg, 2. Wahlkreis 1000.—, Desgleichen von den Arbeitern der Stadtwasserfont 2.50, Desgleichen rothe Jude, Hopfenmarkt 15.—, Desgl. G. 21 —.50, Desgl. R. S. 5.—, Desgl. von den Tabakarb. der Fabrik von Böbling u. Wuhle 2. Rate 19.74, Desgl. Uebersch. einer Hochzeitsfeier bei Plagemann 2.—, Jmenau, von einer Versammlung 7.60, Kottbus, Stammtisch Hoegers Restaurant 7.95, amerit. Kult 2.05, Sa. 10.—, Lüneburg, gesammelt auf einer rothen Kindtaufe —.80, Lütgendortmund 80.—, Leer (Ostfriesland) rother Parteigenosse 10.—, Ludenwalde, freie Vorturner R. T. B. 3.30, Desgleichen grüne Jungens 3.—, Minden-Lübbecke, aus dem Wahlkreise durch den Vertrauensmann 20.—, Neubamm, selbstbewusste Genossen 6.—, Pirna a. d. Elbe, rothe Hochzeit 14.50, Schöneberg, Bau Seede 2.20, Sorau (M.-L.) 25.—, Stasfurt 50.—, Velten i. M., Männer-Turnklub 10.—, Wittenberge, von Genossen 6.—, Werda, von den rothen Konsumbrüdern durch R. 5.—

Für den Parteivorstand A. Gerisch, Rathschstr. 9, 1

Barbarenrecht.

Die herrschenden Klassen lieben es, die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß eintheiliche Rechtsanschauungen im ganzen Volke geteilt werden, daß die Gesetze für alle Menschen gleich sind, daß wir in einem Rechtszustand dahinleben, in dem die blindwaltende Göttin der Gerechtigkeit allen Menschen, hoch und niedrig, reich und arm, die Segnungen einer unparteiischen Rechtspflege zu theil werden läßt. Immer wieder wird diese Fiktion herbeigezogen, immer wieder, obgleich jeder Windstoß ihren dünnen Nebelschleier zerreiht und uns den ganzen Widerstreit der Klassenanschauungen und das parteiische Walten des Klassenrechts zeigt.

Zuweilen wird uns denn auch der ganz besondere Genuß gewährt, die berufensten Vertreter der bestehenden Rechtsordnung ungenirt und ungeschämt ein Ausnahmerecht für irgend eine bevorzugte Gesellschaftsklasse verkünden zu hören. Und darin gerade haben solche Vorkommnisse wie das Auftreten des Kriegsministers Bronsart von Schellendorff in den jüngsten Reichstagsverhandlungen ihre über die besondere Veranlassung weit hinausgehende grundsätzliche Bedeutung, daß sie das Bestehen zweier Rechte, eines barbarischen Herrenrechts und eines bürgerlichen Unterthanenrechts neben einander verkünden.

Wandelten Leute wie Herr Bronsart von Schellendorff nicht zwischen den Scheuklappen ihrer bürokratisch-militärischen Erziehung durchs Leben, so würden sie selbst einsehen, daß sie durch Befürwortung eines zweifelhäftigen Rechtszustandes die Grundlagen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung weit kräftiger erschüttern, als das durch die Kritik geschehen kann. Droht nicht die ganze

Rechtsordnung in die Luft zu fliegen, wenn das Faustrecht als Dynamitbombe in deren Mitte geschleudert wird.

Herr Bronsart von Schellendorff erklärt es für ganz natürlich und moralisch berechtigt, daß Jemand, der sich an seiner Ehre verlegt glaubt, mit einem geladenen Revolver in der Tasche dem angeblichen Ehroerleher auf den Hals rückt, um ihn zu irgend einer Handlung zu zwingen oder ihn im Weigerungsfalle niederzuknallen. Natürlich hat er sich bei diesem ritterlichen Attentat mehr oder weniger klar einen Offizier vorgestellt, einen Offizier oder sonst ein Mitglied der bevorrechteten Klassen. Er würde gewaltig die Augen aufreißen und vor Entrüstung schäumen, wollten Nichtprivilegierte es versuchen, diese Revolvertheorie in die Praxis zu übersehen, wollte etwa ein Rekrut, den ein Unteroffizier mit einem Kübel voll Kafemehnhöflüthen überschüttet hat, oder der nicht nur an seiner Ehre sondern auch an Leib und Leben durch die raffinierten Qualereien irgend eines solchen Stellvertreters Gottes geschädigt wurde, diesen Stellvertreter Gottes auf freischer Unthat mit dem Seitengewehr über den Haufen stoßen.

Wir glauben, daß auch der preussische Kriegsminister, wenn er sich die Sache ruhigen Bluts überlegt, zu der Ueberzeugung kommen könnte, daß er im deutschen Reichstag die Theorie verkündet hat, die Bailiant in der französischen Deputirtenkammer in die Praxis übertrug. Es besteht kein grundsätzlicher, sondern nur ein schrittweiser Unterschied zwischen der Handlungsweise der Herren Kirchhoff und Bailiant. Der eine suchte für ein individuelles Unrecht an dem Redakteur eines Klatschblattes mit dem Revolver, der andere für ein gesellschaftliches Unrecht an den Panamafäulern mit der Dynamitbombe Rache zu nehmen. Beide Attentäter befanden sich im Zustande mangelhafter geistiger Zurechnungsfähigkeit, der eine infolge zeitweiliger, der andere infolge chronischer Erregung. Verschlimmernd auf den Geisteszustand Bailiant's haben Noth und Glend, sowie konfuse Theorien eingewirkt, verschlimmernd auf den Zustand Kirchhoff's die bornirten Standesvorurtheile und der barbarische Ehrbegriff der Offizierskaste. Terroristen sind sie beide: sie nehmen das Recht in die eigene Faust; Schreden wollten sie erwecken, um ihren Zweck zu erreichen; das bürgerliche Recht traten sie mit Füßen; sie setzten die Theorie der Selbstrede in die Praxis um, die der preussische Kriegsminister als unveräußerliches Menschenrecht, oder vielmehr Generalsrecht, im Deutschen Reichstage verkündet hat.

Damit dem auch nicht die geistliche Sanktion fehlt, hat der Pastor Schall aus Kladow, den die Residenzstadt Potsdam in den Reichstag entsandte, die Gelegenheit benützt, um zu zeigen, wie trefflich es die Geistlichkeit versteht, im Interesse der herrschenden Klassen den christlichen Lehren ein Schnippen zu schlagen. Das Duell hat er entschuldigt, den Krieg sogar verherrlicht; wie dormalen der große Reformator Luther,

trachtete aus dem Hohlweg herauszukommen, wo ihm die Aussicht versperrt blieb, und alsbald hatte er ein Schloß mit Erker und Thürmchen vor sich, von dem nur eine tiefe und breite Schlucht ihn trennte.

War das Schloß Wyden? Und wenn es so war, wer weckte zur Stunde darin?

Es schien ihm nicht unwichtig, dies zu erfahren.

Er ging hin und her, ohne den Zugang zu finden.

Endlich hatte er den Durchlaß bei dem Bahndamm erspäht und hindurchschreitend befand er sich auf dem weiten Platz vor dem Schlosse, von dem nur das Thürmchen über die es umgebenden Bäume hinwegschaut.

Er ging näher, als er aber das Bauernhaus bemerkte, und auf der anderen Seite die offene Scheune und zwei Mäde, die große Bündel Stroh oder Getreide in dieselbe schlepten, machte er Halt.

Er mußte sich wohl getäuscht haben. Er suchte ein einsam liegendes, ruinenhaftes Gebäude, und das hier sah so freundlich und bewohnt aus. Es schien ein großes ländliches Anwesen zu sein, in dem Alles in bestem Gange war.

Unbemerkt wollte er sich wieder davon schleichen, aber nachdem er einige Schritte gethan, blieb er stehen, und sah noch einmal sich um.

Das Lachen der beiden Mäde hatte sein Ohr getroffen, es lag wirkliche Fröhlichkeit darin.

Sie waren lachend und plaudernd aus der Scheune zurückgekommen und wieder hatte Jede nach einem Bündel gegriffen.

Die Eine hatte es rasch mit beiden Armen gefaßt, und auf den Kopf gelegt, und ermunterte die Andere, ein gleiches zu thun. Sie selbst aber stemmte die Arme in die Seiten und trug es am Kopf balanzierend hinein.

Die Andere hatte indeß ihr Tuch vom Halse genommen; sie stand im Lichtkreis der Sonne, von ihren goldenen Strahlen umwoben, und wie sie jetzt die runden Arme hob, um das schützende Tuch sich über den Kopf

Feuilleton.

Nachdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.

Helene.

[61]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Immer neue kamen ihm in die Ohere, er mußte sich förmlich durchschlagen.

Als er die Straße erreichte, war sie verschwunden, und als er am nächsten Morgen im Palmhof vorsprach, traf er sie nicht zu Hause.

Er hätte am liebsten gewartet, bis sie heim gekommen wäre, so sehnte er sich nach ihr.

Dann nannte er sich einen Thoren.

Er war doch nicht ihre Wege nach Zürich gekommen und jetzt — wahrhaftig — er hatte andere Dinge zu thun.

Er hatte einen Fußpfad eingeschlagen, der an schattigen Baumgruppen reich war.

Die Sonne brannte noch heiß und das rasche Gehen hatte ihn warm gemacht.

Pflichtlich warf er sich ins Gras, in den Schatten einiger Buchen.

Er streckte und dehnte sich, legte die Arme unter den Kopf und das Gesicht dicht an den Boden.

Weit und breit war keine menschliche Seele — in der Ferne knarrten die Räder eines schwerbeladenen Wagens, dann verhallten auch diese.

Es blieb still und ruhig in dieser schwülen Nachmittagsstunde.

Er sah gegen den tiefblauen Himmel empor, in die flimmernde Luft, dann schloß er die Augen.

Von Zeit zu Zeit strich ein kühlender Lusthauch über ihn hin, weich und lind, und die wäzigen Kräuter, die zwischen dem kurzen kräftigen Gras emporwuchsen, dufteten stärker.

so ganz unter der Hand natürlich, der Bigamie das Wort geredet hat, als es sich darum handelte, einem deutschen Landsoater den Himmelstempel zu ebnen.

Doch wenn Krieger und Pfaff sich über die bestehende Rechtsordnung hinwegsetzen, da sollte man meinen, daß das Bürgerthum mit eherner Faust diese Rechtsordnung verteidigen würde, in der es ein Schutzmittel für seine Ausbeutungsprivilegien verehrt. Doch das hies ja sich mißlieblich machen höheren Orts, das darz beileide nicht geschehen, alles Andere eher als das! So erklärt es sich, daß die zwei einflussreichsten Organe des Berliner Bürgerthums der Vertuschung des Falles Kirchhoff das Wort reden. Die "Vossische Zeitung" meint, daß Schicksal des Generals, der bald nach Antritt der Strafe begnadigt und dann durch einen hohen Orden ausgezeichnet wurde, sei trotz alledem zu traurig, als daß man es für erregte Angriffe auf den Militarismus ausbeuten sollte, und das "Berliner Tageblatt" erweist sich sogar in schmerzlicher Entrüstung, daß der Sachs anlässlich der Ordensverleihung überhaupt noch Erwähnung gethan wurde, da es selbst sie für längst erledigt angesehen hätte. Das geschätzte Organ der Berliner Geschäftsleute übersteht ganz, daß es sich dabei doch um etwas höhere Interessen handelt, als um die Privatangelegenheiten der Herren Parich und Kirchhoff. Man kann dem Vossischen Blatte diese Diplomatie allerdings nicht übel nehmen. Die Hundedemuth seines jetzigen Verhaltens erinnert lebhaft an den einstmaligen Ministerpräsidenten Fürst Metternich, der von Potentaten und Wladikhabern auch die unangenehmsten Dinge mit verzücktem Lächeln entgegennahm, sodas Napoleon I. einst sagte: Wenn ich dem Metternich, während ich mit ihm spreche, durch meinen Kammerdiener einen Tritt in den Hintern versetzen ließe, so würde er mich doch mit dem nämlichen süßlichen Grinsen, ohne mit der Wimper zu zucken, zu Ende anhören, Rudolf Wisse u. Ko. bethätigen vor hohen Herrschaften die gleiche diplomatische Unterwürfigkeit.

Und diese Hundedemuth der Vertreter der bürgerlichen Klassen ist eigentlich doch das beachtenswertheste Symptom unserer Zustände, das anlässlich des Falles Kirchhoff zu Tage getreten ist. Es ist wirklich alles wahre bürgerliche Selbstgefühl in diesen Geschöpfen verdampft; sie haben nicht einmal mehr das Selbstbewußtsein ihrer Klasse; sie klammern sich mit den gierigen Fingern nur noch an den Besitz und ans Geschäft. Trist jemand dem Besitz und dem Geschäft zu nahe, da erschallt es gleich "Jeter Mordio!" und "Weh gejährien!" Dafür, daß Militär und Bureaucratie ihnen den ungeschmälerten Genuß der Ausbeutungsrüchte sichern, nehmen sie allerunterthänigst jeden Suppirt von hohen Herrschaften in Empfang und stammeln Ergebnissadressen, während sie noch den Stiefelabsatz dort fühlen, wo ihnen das Herz hinzusinken pflegt. Von den bürgerlichen Parteien haben Militär und Bureaucratie keinen ernstlichen Widerstand gegen Herrengleichnisse zu erwarten. Das Selbstgefühl freier Menschen ist nur noch lebendig in der Sozialdemokratie. Sie allein bekämpft unbeirrt durch Nebenwünsche die in unsere Zeit hineintragenden Reste des Barbarenrechts.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. März.

Aus dem Reichstag. Die Aufhebung des Identitätsnachweises soll der Zuder sein, mit dem den ostpreussischen Agrariern die bittere Bille des russischen Handelsvertrages verführt werden soll. Durch diese Maßregel hofft man auch in den östlichen Provinzen, wo der Preisdruck durch die russische Einfuhr sich am stärksten geltend macht, den Agrariern die durch den Zoll beabsichtigte volle Preisrückgang zu sichern. Zwar kann dieses Plus in die Taschen der armen Großgrundbesitzer nur erzielt werden auf Kosten der Reichskasse, also der Steuerzahler; indes das "Nadgrat der preussischen Armee und damit des Deutschen Reiches" muß wohl auch dieses Opfer werth sein.

Deshalb stimmt auch alles, mit Ausnahme der freisinnigen und der siddentischen Volkspartei und der Sozialdemokraten für diese neueste Subvention unserer Junker und Agrarier.

Zwar sprachen Schippel und Richter energisch und mit Gehör gegen die Maßnahme, aber man will die "Schreier" beruhigen und da es auf Kosten der Konsumenten geschehen

zu binden, war ihre Haltung reizend und von ungewöhnlicher Anmuth.

"Ist es denn möglich!" rief er sich zu, "ist es denn möglich!"

Ihm hüpfte das Herz, eine mächtige, nie gekannte Freude, ein Entzücken durchbrauste ihn, das ihm fast die Befinnung raubte.

Er ging nicht, er flog ihr entgegen.

Sie sah ihn kommen, das Bündel entfiel ihrer Hand.

"Ist es denn möglich!" rief er und wiederholte es noch einmal, als er jetzt vor ihr stand, und ihr beide Hände entgegenstreckte: "Ist es denn möglich!" Er brachte nichts anderes heraus.

Sie war vor Ueberraschung ganz roth geworden und die Arme sanken ihr nieder, aber sie hatte sich rasch gefaßt.

"Wie kommen Sie daher?" fragte sie und sah ihm in die strahlenden Augen.

Er lachte.

"Et, die Frage möchte ich an Sie stellen — Ihr Hiersein erscheint mir viel wunderbarer . . . das grenzt ja an Hexerei."

Und es ist auch ein richtiger Hexenmeister, der mich hierher gezaubert hat," sagte sie mit einem schelmischen Lächeln, "unser gemeinsamer Onkel."

"Der, ah der — er ist doch wirklich ein genialer Kerl," rief Konrad mit ausbrechendem Entzücken, dann verstummte er plötzlich.

Aus der Scheune ließ sich eine helle, etwas ungeduldige Stimme vernehmen.

"Wer ist das?" fragte Konrad leise.

"Die Bäuerin von hier, sie kommt heraus."

"Sie braucht mich nicht zu sehen."

Mit einem Sprunge war er hinter der Thür, eben noch rechtzeitig, um von der Heraustrretenden nicht gesehen zu werden.

Das junge Weib lachte spöttlich, als sie Helene zu umbeholfen und schier verlegen neben dem Strohbündel stehen sah, das noch immer am Boden lag.

"Se hält' wohl Angst vor dem Füg? Will's nüd use? Länd's nur, i bring's scho fertig, 's nicht ja nüd derwerth!"

lann, ist die große Majorität dazu bereit, ohne daß sie es der Mühe für werth hielt, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Es ist halt doch etwas werth, wenn man die Hand an der Klinke der Gesetzgebung hat. —

Ulramontane Spiegelfechtere. Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich in seiner Montagssitzung mit einigen Erörterungen über den Zustand des allgemeinen Wahlrechts vergnügt, aus denen deutlich hervorgeht, wie wenig ernst es dieser Geldfächervertretung mit einer Wahlreform ist, durch die sie zu einer wirklichen Volksvertretung umgestaltet werden müßte. Aber es gilt, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, ihm etwas Komödie vorzuspielen, damit immer weiter sothane Geldfächervertretungen ungestört ihr Wesen treiben kann. Den Anlaß dazu bot ein Antrag des Zentrums, der die Regierung auffordert, "baldmöglichst" Erhebungen über die Einwirkung der Klassen auf die Eintheilung der Wähler in 3 Klassen zu veranlassen und dem Hause zu unterbreiten. Zunächst soll diese Erhebung in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern vorgenommen werden. Man kann wirklich nicht vorsichtiger antippen an die Frage der Wahlreform, als es bei dieser Gelegenheit von den Zentrumsdiplo maten geschah. Wie jämmerlich zaghaft das Vorgehen dieser Wahlreformer ist, erhält seine richtige Beleuchtung erst dadurch, wenn man sich erinnert, wie die Zentrumsweisen bei der letzten Regulierung des Wahlrechts übers Ohr gehauen wurden. Sie hatten anfangs durch die sogenannte Zwösfelung der Klassen eintheilung die Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahl systems etwas zu modifizieren gesucht. Ihr Vorschlag kam darauf hinaus, daß an stelle der Eintheilung der Wähler in drei Klassen, von denen jede insgesammt gleich viel Steuern zahlt, die erste Klasse künftig $\frac{1}{12}$, die zweite $\frac{1}{12}$ und die dritte $\frac{1}{12}$ der Gesamt-Steuersumme aufzubringen hätte. Das war vom Abgeordnetenhause anfangs bewilligt worden. Daraufhin stimmten die Zentrumskräfte den neuen Steuer gesetzen zu. Nun stellte aber das Herrenhause die Drittelung wieder her; dann erklärten sich auch die Konservativen des Abgeordnetenhause dafür und brachten mit den pluto kratischen Nationalliberalen die Drittelung zur Annahme. Die Steuererhebe ließen sich aber nicht mehr rückgängig machen und so waren die Zentrumsleute die Geprellten. Darob war arge Erbitterung bei den Freunden der Herren Lieber und Bachem; sie redeten von großen Dingen, die sie künftig vollbringen wollten zur Erzwingung einer Wahlreform; jetzt hat der freisinnige Zentrumsmann dieses winzige Mäuschchen geboren. Man versteht den Dohn des Wortführers der rheinländischen Plutokratie, des nationalliberalen Herrn von Eymer, der da erklärte, man könne es sich ja an den Knöpfen abzählen, ob der Antrag abzulehnen oder anzunehmen sei. Aber so zahm wie der Antrag war, auf Wunsch der Konservativen brachen seine Wäter ihm auch noch den letzten Zahn aus, an dem die Regierung sich hätte ragen können. Das Wörtchen "baldmöglichst" wurde gestrichen, dann wurde einstimmig der Antrag angenommen und nun kann man ja in behäbiger Ruhe es darauf ankommen lassen, ob in einer späteren Zukunft vielleicht einmal die Regierung die Mühe finden wird, die beregten interessanten Erhebungen zu veranstalten. Die Zentrumsleute irren sich aber sehr, wenn sie glauben, durch solche Spiegelfechtereien die Sozialdemokratie zur Niederlegung ihrer Waffen veranlassen zu können. Sie wird nicht eher ruhen, als bis das elende und widerstimmige Dreiklassen-Wahl system ein Ding der Vergangenheit ist. —

Wir verstehen es nicht, uns bei den Ausländern beliebt zu machen — so oder ähnlich sprach einmal ein deutscher Regierungsvortreter im Reichstag. Der gute Mann hätte sagen sollen: wir — d. h. die Regierungen und die Chauvinisten — verstehen es ausgezeichnet, uns im Ausland un beliebt zu machen. Die französische Republik hat gewiß sehr bedeutende Fehler und sehr wenig Anziehendes. Trotzdem ist sie — wie jeder Reisende bestätigen muß — bei allen Nachbarvölkern, auch den germanischen, weit beliebter als das Deutsche Reich. Man braucht nur in die Schweiz (auch die deutsche), nach Belgien, nach England (dem stammverwandten) zu gehen. Und wenn man die Leute nach dem Grund fragt, so lautet die Antwort: das "schneidige", "stramme" Auftreten der Deutschen. Kurz, dieselben militärischen Eigenschaften, die unserer Kolonialpolitik eine so traurige Berühmtheit verliehen haben. Wir werden zu diesen Bemerkungen durch zwei

Ohne Zaudern hatte sie das Bündel angenommen und trug es hinein.

Konrad trat wieder hervor.

Sie sahen sich an und ohne weitere Auseinandersetzungen nahmen sie, wie Kinder es thun, sich an den Händen und ließen, als würden sie gejagt, über den sonnenbeschienenen Anger.

Als sie an der Mauer angekommen waren, löste sie ihre Hand und schlüpfte durch das Thürchen voran in den dicht verwachsenen, schier ganz verwilderten Garten.

Eine angenehme Kühle umfing sie.

Sie befanden sich im Schatten des Schlosses, unter den alten, äppig belaubten Bäumen, deren Zweige wild ineinander gewachsen waren und sich nach allen Seiten hin ausbreiteten.

Sie gingen über das äppige Ulkrant und die wild sprossenden Blumen dahin und standen bald vor dem Thor, das ein steinernes Wappentier hies.

"Also das ist Schloß Wyden?"

"Das ist Schloß Wyden."

"Aber das Thor ist verschlossen?"

"Wir haben auf der Nordseite ein Hinterthürchen entdeckt, das ist bequemer, da gehen wir nun aus und ein."

"Wir?"

"Der Kastellan und ich."

Er sah sie von der Seite an, lächelte und schüttelte den Kopf, als befände er sich all diesen Vorgängen gegenüber wie in einem Traum, den er nur immer fortträumen wollte.

Sie wendeten sich dem rückwärtigen Theile des Schlosses zu. Hier waren junge Ahorne emporgewachsen und die tiefstehende Sonne, die um die Thurmede hervorglückte, warf ihre schrägen Strahlen in die großen lichtgrünen Blätter und machte sie durchsichtig und flammend.

Die Gebüsche trugen schon reife Früchte und die rothen Beeren funkelten und wurden in der Gluth des Abends noch röther, während die blauen und weißen Binden und Wicken, die sich über die dunklen Heden empor schlängelten, entzückend wirkten durch die transparente Zartheit ihrer

Vorkommnisse veranlaßt, die wir in den Zeitungen der letzten Tage verzeichnet finden. In Belgien bereitet man unter allgemeiner Theilnahme eine Kundgebung zu gunsten Frankreichs vor und zwar durch Errichtung eines Nationaldenkmals für die französischen Soldaten, die 1831 bei der Belagerung von Antwerpen gefallen sind. Eine ähnliche Kundgebung zu gunsten Deutschlands wäre einfach und möglich. Und nun ein Gegenstück, das zu gleicher Zeit erklärt, warum wir so wenig beliebt sind. Zwei deutsche Fabrikanten, anscheinend Reserve-Offiziere, kommen nach Airolo, an dem Gotthardtunnel und den Gotthard-Befestigungen in der Schweiz, wohnen in einem Hotel, wo auch schweizerische Offiziere verkehren. Die Schweizer Offiziere, die mit den deutschen Gästen nichts zu thun gehabt hatten, verlassen die Wirthsstube und der Hinterste veräußert es, die Thüre zu schließen. Darauf sagt der eine der Deutschen "schneidig" so laut, daß die Offiziere es hörten: "Unverschämtheit". Es entspann sich ein kurzer, jedoch nicht heftiger Wortwechsel und anderen Morgens wurden die zwei Deutschen "sifirt", auf das schweizerische Militärkommando gebracht und nach Feststellung ihrer Persönlichkeit sofort wieder in Freiheit gesetzt. Darob nun großes Geschrei in den deutsch-chauvinistischen Blättern. Daß die zwei Deutschen "sifirt" wurden, war gewiß lächerlich, aber solche Lächerlichkeit kommt in Deutschland jeden Tag hundert Mal vor. Und wenn sie in den schweizerischen Offizieren den Verdacht militärischer Spionage erweckt haben, so müssen sie das ihrem eigenen Auftreten zuschreiben. In Deutschland hätten sie vielleicht einige Monate zu sitzen gehabt. Jedenfalls haben sie durch ihre Flegel die Schweizer gereizt. Wäre ihnen die "Unverschämtheit" mit ein paar kräftigen Ohrfeigen gelohnt worden, so hätten sie sich nicht zu beklagen gehabt. Ein Schweizer, der das gleiche Renkontre in Deutschland mit deutschen Offizieren gehabt hätte, wäre, wenn er die Ohrfeigen nicht tüchtig hingenommen hätte, obendrein noch sehr wahrscheinlich mit einigen Degenstichen regaliert worden. —

Ueber eine Soldatennißhandlung in der Nähe Berlins berichtet der "Börser-Kourier" das folgende:

Ein Unteroffizier der Leib-Gesabron der Garde du Corps hat, wie aus Potsdam berichtet wird, dort im Kasernenhofe am Sonnabend einen Soldaten des Regiments arg gemißhandelt. Er soll auf den Mann, dessen Waffen angeblich nicht genügend blank gewesen, mit dem Pallasch losgezogen sein und ihn schließlich in eine unmanierte Dungegrube geworfen haben. Der Mißhandelte soll mehrere äußere Verletzungen und zwei Rippenbrüche erlitten haben, die seine Aufnahme ins Lazareth nöthig machten. Der Unteroffizier wurde später in Untersuchungshaft abgeführt. Der Kommandeur des Regiments der Garde du Corps, Prinz Friedrich Leopold, ließ am Montag sämmtliche Offiziere und Unteroffiziere des Regiments auf dem Kasernenhof antreten und schärfte ihnen auf das Strengste ein, gemäß dem Willen des Kaisers sich jeder Mißhandlung von Untergebenen zu enthalten.

Leider nützen diese Ermahnungen sehr wenig. —

Dem schweizerischen Nationalrath wird — in Antwort auf die Bewegung zu gunsten des "Recht auf Arbeit" vom Nationalrath Joos in Schaffhausen ein Gesetzesvorschlag auf Organisation der Auswanderung vorschlagen werden, nach welchem der Arbeitslosigkeit durch Kolonisation gesteuert werden soll. Wenn wir nicht irren, spuken in dem Kopfe des Herrn Joos herblische Freiland-Ideen. Ein derartiges Kolonisationsprojekt wäre natürlich von vornherein zu schmächtigem Fiasko verurtheilt. Uebrigens ist keine Aussicht auf Annahme vorhanden. —

Die Abschaffung der Todesstrafe verlangen die französischen Genossen, sie haben in der Kammer einen Antrag eingebracht, nach welchem die Abschaffung der Todesstrafe verlangt wird. —

Belgische Wahlreform. In der gestrigen Kammer-sitzung wurde die Vorlage über die proportionale Vertretung vom Ministerpräsidenten Beernaert niedergelegt. —

Die sozialistische Genossenschaft des Maison du Peuple in Brüssel verkauft das Brot um 5 Centimes den Loib billiger als die Privatbäcker, und sie läßt das Mehl regelmäßig chemisch untersuchen — es ist von der besten Qualität. In der Bäckerei herrscht acht.

lichten zahllosen Blüten. . . . Ein Trauermantel flatterte lautlos darüber hin.

Es war eine ruhige farbengesättigte Pracht, die sich in diesem stillen Winkel entfaltet und die Luft war von einem süßen Duft erfüllt.

Die Zwei wandelten Seite an Seite. Die Sonne warf spielend Lichter vor ihnen her und färbte auch ihre Wangen mit einem wärmeren Roth.

Sie sprachen kein Wort.

Aber jetzt wies Helene auf eine kleine hölzerne Thür, die schief in den verrosteten Angeln hing. "Das ist der Eingang", sagte sie leise.

Dicht davor war ein kräftiger Hollunderbusch wohl aus dem Samen emporgewachsen, der jetzt reife graugrüne Früchtdolden trug, und eine wilde Hopfenpflanze, die über ihn hinweggesseltet war, schaukelte ihre zarten und leichten Spigen vor dem Eingange auf und nieder, als wolle sie ein Eindringen verwehren.

"Muß man nicht hier ein Fauberwort sprechen, damit sich das Thürchen öffne?" fragte er lächelnd, sich ihr entgegenneigend.

"Wir gehören zu den Berufsleuten," erwiderte Helene und stieß sie auf.

Ein dunkler gewundener Gang nahm sie auf. Nach einigen Schritten war sie in der Halle, die durch das vergitterte Fensterchen über dem Thor ein dämmeriges Licht erhielt.

Sie ging immer voraus, plötzlich wandte sie den Kopf nach ihm um.

"Bitte, geben Sie Acht, da kommt eine Stelle, da sind die Steine heransgebrochen, ich hätte mir vorhin bald den Fuß verstaucht."

Sie kamen an die Treppe, die in einer Windung nach oben führte.

Sie legte ihre Hand auf das dunkle Geländer und stieg leicht und elastisch aufwärts.

In dem herrschenden Halbdunkel kam es ihm vor, als ob sie vor ihm empor schwebte.

(Fortsetzung folgt.)

ständige Arbeitszeit. Die Zahl der Brotkunden beträgt 9000.

Die achtstündige Arbeitszeit ist beiläufig auch in der sehr bedeutenden Bäckerei des Breslauer Konsumvereins mit bestem Erfolg eingeführt und damit die Hinsichtlichkeit aller von den Meistern gemachten Einwendungen gegen die Normalarbeitszeit erwiesen.

England. Der Schlachtruf der englischen Liberalen gegen das Oberhaus wird in England selbst sehr wenig ernst genommen. Unsere dortigen Parteigenossen beurteilen ihn genau so wie wir. Man will das arbeitende Volk von der Verfolgung seiner Klasseninteressen abbringen, und es zu liberalen Parteizwecken mißbrauchen. Die letzte Nummer der „Justice“ enthält aus der Feder Quells einen sehr guten Artikel betitelt „Die Lords und die Liberalen“, den wir, wenn unser Raum es erlaubte, ganz mittheilen würden. Es heißt darin, nachdem Gladstone wegen seiner „feigen Freisprechung des Haftpflichtgesetzes auf Kommando der Lords“ scharf gezeigelt worden u. a.; „Die Liberalen sind ebenso konservativ wie die Tories — die Liberalen denken gar nicht daran, das Oberhaus ernstlich anzugreifen, das eine Stütze des Kapitalismus ist ebenso wie das Unterhaus. Freilich, die Haupt-Citadelle des Kapitalismus ist das Haus der Gemeinen — das Unterhaus — das alle Staatsmacht in seiner Hand vereinigt. Das Unterhaus in die Gewalt zu bekommen, das muß unser Ziel sein. Das Oberhaus fällt von selbst. — Wir wollen mit dieser Schwindel-Agitation (bogus and sham agitation) gegen das Oberhaus nichts zu thun haben. Wir würden damit bloß die Arbeit der Liberalen verrichten, und die Macht unserer Feinde stärken.

Gegen die Lords — ja! wenn die Zeit da ist. Sie müssen fallen — gewiß, aber nicht: sie allein! Das neue Ministerium ist gebildet. Die Mitglieder des alten Ministeriums sind sämtlich darin untergebracht. Ernährungsrecht ist nur die Ernennung Lord Kimberley's für das Auswärtige — über die wir schon gesprochen haben.

Uebrigens haben, wie wir der „Vossischen Zeitung“ entnehmen, die Mogeleien Rosebery's mit den „Unionisten“ (Oppositionswhigs) schon begonnen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission beriet heute den Etat der Reichs-Eisenbahnverwaltung. Abg. Richter beantragte, die Einnahmetitel aus dem Personen- und Güterverkehr um 4 Millionen Mark zu erhöhen. Gegen diesen Antrag wurde von den Regierungsvertretern, welche jede Erhöhung der Einnahmetitel bekämpfen, Widerspruch erhoben. Abg. Emmecerus beantragte, die Einnahme um 2 Millionen Mark zu erhöhen, da die Vorlegungen der Regierungsvertreter nicht überzeugend dafür seien, daß eine Erhöhung mit den wirklichen Einnahmen der letzten Jahre in Widerspruch stehe.

Dieser Antrag fand nicht die Mehrheit der Kommission, welche, nachdem Abg. Richter seinen Antrag um eine Million Mark ermäßigt hatte, mit erheblicher Majorität die Einnahmehemehrung um 5 Millionen Mark erhöhte.

Die übrigen Titel des Reichs-Eisenbahnnetzes wurden genehmigt. Bei der Position Erneuerung des Oberbaues fand ein Antrag Richter einen Teil dieser Kosten auf das Extraordinarium d. h. also auf die Anleihe zu bringen nicht die Zustimmung der Kommission.

Nächste Sitzung Morgen Vormittag. Beratung über die noch nicht erledigte Regierungsforderung von 1 000 000 M. als erste Rate für die Errichtung eines Denkmals für Wilhelm I.

XIII. Kommission. Deutsch-russischer Handelsvertrag. Sitzung vom 7. März. Vor Eintritt in die Verhandlungen giebt Staatsminister v. Bötticher folgende Erklärung ab: Der Landes-Eisenbahnrat habe auf Antrag seines Ausschusses mit 20 gegen 14 Stimmen beschlossen, die Aufhebung des Ausnahmetarifs vom 1. September 1891 zu empfehlen. Daraufhin habe die preussische Regierung geteilt beschlossen, für den Fall der Annahme des russischen Handelsvertrages und der Aufhebung des Identitätsnachweises den Ausnahmetarif für Getreide und Mühlenfabrikate vom 1. September 1891 vom 1. September d. J. an aufzuheben. Um diese Erklärung knüpfte sich dann eine längere Debatte. Abg. Bachem fragt an, ob sich die Regierung auch mit der Aufhebung der Staffeltarife für Vieh beschäftigt habe. Minister v. Bötticher erwidert, daß sich die Regierung mit dieser Frage nicht beschäftigt habe. Abg. v. Stumm erklärt, daß der Landes-Eisenbahnrat sich mit aller Entschiedenheit gegen die Staffeltarife für Vieh erklärt habe; er für seine Person (Stumm ist Mitglied des Landes-Eisenbahnrats) sei überhaupt ein Gegner aller Staffeltarife. Abg. v. Bennigsen will eine Erklärung darüber, daß die Regierung nicht beabsichtige, die Staffeltarife später, nachdem dieselben vielleicht 1 Jahr lang aufgehoben waren, wieder einzuführen. Minister v. Bötticher antwortet darauf, daß die Regierung ihren Beschluß nicht mit dem Hinterhalt gefaßt habe, die Staffeltarife nach einem Jahre wieder einzuführen. Abg. Bachem meint, im Falle eines Notstandes könne man die Staffeltarife wieder einführen; er will wissen, auf wie lange Jahre die Aufhebung derselben garantiert werde. Minister v. Bötticher erklärt, daß er eine Garantie für alle Zeiten nicht geben könne, denn die Minister seien sterblich. Abg. Richter hält das Prinzip der Staffeltarife für richtig. Abg. v. Hammerstein will der Regierung das Recht gewahrt wissen, die Staffeltarife später wieder einzuführen. Nach Erledigung dieser Sache nimmt noch Abg. Bergmann das Wort, um zu erklären, daß seine Fraktion keinen Wechsel in der Besetzung der Kommission vorgenommen habe; um die Beratungen zu fördern, sei beschlossen worden, sich nicht mehr an der Debatte zu beteiligen. (Auf Antrag des Abg. Bergmann war gestern beschlossen worden, die Beratungen der Kommission Hopfen zurückzusetzen, damit ein freisinniger Kenner des Hopfenbaues sich an den Verhandlungen beteiligen könne.) Abg. Bergmann verlangt zugleich eine bestimmte Erklärung darüber, ob deutsche Kaufleute in Rußland die hohe Güldensteuer entrichten müssen. Nach dem Vertrage sollen die Angehörigen beider Nationen gleich behandelt werden, und in Deutschland ist eine solche Steuer nicht. Von einem Regierungskommissar wird erwidert, daß wir unbedingt das Recht der Gleichstellung verlangen können. Sollte eine solche Steuer in Rußland verlangt werden, so werde die Regierung darauf dringen, daß sie nicht entrichtet zu werden brauche. Deutschland könne auf Grund des Vertrags verlangen, daß Rußland, falls die Abgaben auf einem Befehl beruhen, seine Gesetzgebung abändern. Daraus wird die Beratung der russischen Einfuhrzölle ohne wesentliche Debatte zu Ende geführt, nur der Referent Abg. Müller stellte die Geduld der Kommissionsmitglieder auf eine harte Probe, indem er, weil er in Selbstgefälligkeit sich gern reden hört, die Angaben der Denkschrift wieder wie gestern getreulich vorlas. Diesem bildet er sich ein, daß andere Leute nicht lesen können. Ohne dieses lästige Verfahren hätten die Beratungen schon heute zu Ende geführt werden können. Voraussichtlich wird die Kommission mit ihrer Arbeit morgen fertig werden.

Parteinarbeiten.

Bürger 2. Klasse sind die Sozialdemokraten, sobald es sich um Rechte handelt, sind Pflichten gegenüber Staat und Kommune zu erfüllen, dann freilich ist anders. So hat man in Köln a. M. das häßliche Lokal, den „Gärtchen“, dem Freidenkerbund und den Sozialdemokraten verweigert, während er sonst jeder größeren Vereinigung zur Verfügung gestellt wird.

Totenliste der Partei. In Elmshorn ist am 4. d. M. der Genosse Carl Eichmann, ein Veteran unserer Partei, in seinem 91. Lebensjahre verschieden. Eichmann ist bereits seit Mitte der sechziger Jahre, als Ferd. Lassalle die Ideen des Sozialismus in den Massen verbreitete, als Anhänger unserer Partei thätig. In er auch, namentlich in den letzten Jahren nicht öffentlich hervorgetreten, so war sein Pflichterfüllen doch stets ein Vorbild für die jüngeren Genossen; bis zum letzten Augenblick hat er der Sache gedient.

Eine Reihe öffentlicher Versammlungen wurden im Monat Februar im Kleiner Landbezirk abgehalten. In etwa 18 verschiedenen Orten berichtete Genosse Legien, der Abgeordnete des Kreises über die Thätigkeit des Deutschen Reichstages. Sämtliche Versammlungen waren gut besucht und bewiesen, daß auch bei der Landbevölkerung das Interesse für öffentliche und politische Angelegenheiten immer mehr wächst. In Wit wurde gleichzeitig ein Arbeiterverein gegründet. Die Versammlung in Laboe versiel der Auflösung, weil das Lokal den bauptsächlichen Anforderungen nach Ansicht des überwachenden Beamten nicht genügt. Beschwerde ist hiergegen eingelegt. Die Zahl der Versammlungen würde eine bedeutend größere sein, wenn nicht Amtsvorstand und Gendarm in Bunde mit den großen Hofbesitzern auf die Wirthe einen Druck ausübten, so daß diese nicht wagen, ihre Lokale herzugeben. Nun, wir werden uns nicht abhalten lassen, überall dort, wo es angeht Versammlungen auf dem Lande zu arrangiren, um die Landbevölkerung auch mündlich aufzuklären.

Soziale Uebersicht.

Ueber jugendliche Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen im Deutschen Reich bringt das Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs eine Zusammenstellung, der wir Folgendes entnehmen: Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder unter 14 Jahren betrug 11 212 gegen 27 485 im Jahre 1890; sie ist also erheblich zurückgegangen und dürfte inzwischen wohl fast ganz geschwunden sein. Junge Leute von 14 bis 16 Jahren waren 197 069 beschäftigt gegen 214 262 im Jahre 1890, darunter 128 804 männliche und 68 755 weibliche. Insgesamt waren also 208 251 jugendliche Arbeiter thätig gegen 241 787 im Jahre 1890; darunter befanden sich 185 619 (156 008) männliche und 72 632 (85 729) weibliche. Die meisten jugendlichen Arbeiter wurden in der Textilindustrie beschäftigt, nämlich 55 478 oder 26,8 pCt. der Gesamtzahl; auf die Industrie der Steine und Erden entfallen 26 572, auf die Metallverarbeitung 24 839 und auf die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 23 175. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen ist für das Jahr 1892 zum ersten Mal festgestellt worden. Sie betrug 667 284, wovon 225 255 16-21 Jahre und 341 979 über 21 Jahre alt waren. Die Hälfte aller Fabrikarbeiterinnen, nämlich 285 017 wurde in der Textilindustrie beschäftigt, auf die Industrie der Bekleidung und Reinigung 44 288, auf die Papier- und Lederindustrie 37 856 und auf die Industrie der Steine und Erden 34 511. Die übrigen Gewerbegruppen hatten eine geringere Zahl von Arbeiterinnen.

Die Krankenversicherung im Jahre 1892. Nach dem ersten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs waren im Jahre 1892 durchschnittlich 6 955 049 Personen in 21 588 Krankenkassen versichert. Im Jahre 1891 belief sich die Zahl der versicherten Mitglieder auf 6 879 921, die der Kassen auf 21 498. Im Durchschnitt kommen auf eine Kasse im Jahre 1892: 331,5, im Jahre 1891: 329,2 Mitglieder. Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug im Jahre 1892: 2 478 287, im Jahre 1891: 2 897 826, die Zahl der Krankheitsstage 42 756 026 bzw. 40 798 620. Auf ein Mitglied kamen im Durchschnitt des Jahres 1892: 0,4 Erkrankungsfälle und 6,1 Krankheitsstage, im Jahre 1891: 0,3 bzw. 5,9.

Was die verschiedenen Arten der Krankenkassen anbetrifft, so betrug die Zahl der Kassen der Gemeinde-Krankenversicherung 1892: 8253, 1891: 8145, die Mitgliederzahl in dieser 1 179 845 (1 166 895). Ferner waren in 4243 (4219) Ortskrankenkassen versichert 2 998 378 (2 900 004); in 6316 (6244) Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen 1 742 838 (1 790 306); in 123 (132) Bau-Krankenkassen 29 743 (27 293); in 471 (467) Innungs-Krankenkassen 76 411 (78 064); in 1739 (1841) eingetrag. Hilfskassen 796 840 (888 481); in 443 (450) landesrechtl. Hilfskassen 131 494 (138 883).

Was der Volkskrieg mit Rußland dem deutschen Volke gekostet, geht deutlich genug aus folgenden Zahlen hervor, die wir dem soeben erschienenen Heft der deutschen Reichs-Statistik entnehmen und die sich beziehen auf die Ausfuhr nach Rußland im Januar 1890 (vor dem Volkskrieg) und Januar 1894. Es wurden ausgeführt:

	In Doppelcentnern	
	Januar 1890	Januar 1894
Baumwollwaren	148	62
Wolle und Wollwaren	578	216 (1)
Robeisen	19 652	100 (1)
Stabeisen	10 888	1 767 (1)
Platten und Bleche	8 140	176 (1)
Große Eisenwaren	5 295	2 289
Feine Eisenwaren	350	241
Dopfen	759	47 (1)
Maschinen	5 774	3 227
Stuh- und Wanduhren	185	93
Feine Lederwaren	83	21
Juder	6 883	2 (1)
Wollengarn	548	85 (1)
Wollenswaren	262	153

In diesen Zahlen, die auf Vollständigkeit ja durchaus keinen Anspruch machen können, drückt sich schon eine ungeheure Schädigung der Industrie aus, die selbstverständlich nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte auf die Arbeiter. Die Letzteren haben natürlich auch den Rest der Bege in Form von Korn- und Mehlzöllen zu bezahlen gehabt.

Gerichts-Zeitung.

Weshalb die Polizeien mit einem von ihr als Sittenrichterin beanstandeten Werk August Strindbergs. Auf die von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I erhobene Anklage gegen August Strindberg, seinen Uebersetzer und seinen Verleger, das Bibliographische Bureau, wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften, begangen durch die Herausgabe der „Weichte eines Thoren“, ist von der sechsten Strafkammer die Entscheidung ergangen, die Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen und die Beschlagnahme aufzuheben. Das Gericht hat sich den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Richard Orelling, der die Angeklagten vertheidigte, angeschlossen, wonach das Werk in seiner Gesamtheit als eine interessante und literarisch bedeutsame

psychologische Studie aufzufassen und die eingestreuten erotischen Schilderungen nur dazu bestimmt seien, die moralische Verächtlichkeit eines fittlich tüchtigen Mannes durch die dämonischen Reize eines verderbten Weibes zur Anschauung zu bringen.

Von der Unfallverhütung im landwirtschaftlichen Maschinenbetriebe giebt nachstehende Verhandlung, die an Dienstag vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II geführt wurde, ein bezeichnendes Bild. Auf dem Gute des Grafen Friedrich Kurt Alexander von Schwerin am Wendisch-Buchholz verunglückte am 19. September 1891 eine polnische Arbeiterin beim Häckselschneiden. Das Messer der Maschine zerschnitt dem Mädchen das rechte Bein derartig, daß dasselbe heute noch vollständig lahm geht und nur leichte Beschäftigungen in stehender Stellung verrichten kann. Auf Veranlassung der Unfallgenossenschaft wurde später ein strafrechtliches Verfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den Grafen v. Schwerin, sowie gegen dessen Oberinspektor Wichlitz und den Hofmeister Pasche eingeleitet. Zur Last gelegt wurde den drei Angeklagten theils, daß sie die Anbringung von Schutzvorrichtungen, theils daß sie die erforderliche Aufmerksamkeit unterlassen hätten. Graf Schwerin suchte sich durch die Behauptung zu entlasten, daß sich an der betreffenden Maschine Schutzvorrichtungen nicht anbringen lassen, ohne den Betrieb zu stören und daß er die Leitung der Gutsverwaltung mit aller Verantwortlichkeit seinem Oberinspektor, einem bewährten Ackermann, übertragen habe, der, als er ohne praktische Kenntnisse das Gut übernahm, sein Lehrer gewesen sei. Der Oberinspektor schob die Schuld wieder auf den Hofmeister, den er mit der Beaufsichtigung der Arbeiter betraut habe und dieser gab wieder an, daß bei den Schmitterkolonnen, zu denen die Verletzte gehörte, der Vorwärtler sämtliche Arbeiter und Arbeiten verantwortlich beaufsichtige. Der Gerichtshof vermochte dann auch keinen der Angeklagten derart für den Unfall verantwortlich zu machen und sprach alle drei frei.

Dienstboten, welche ausschließlich oder vorwiegend zu Arbeiten in einem gewerblichen Betriebe verwendet werden, so der Hausdiener in einer Schank- und Gastwirtschaft, sind, nach einem Urtheil des Ober-Vermaltungsgerichts, den Gewerbegehilfen zuzuzählen und unterliegen daher der Versicherungspflicht im Sinne des Kranken-Versicherungsgesetzes.

Der alte Grimmelshausen vor Gericht. Wegen Beschimpfung von Einrichtungen der jüdischen Religion begr. wegen Verbreitung einer unästhetischen Schrift hatte sich gestern der Buchhändler Wilhelm Judenbergs vor der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. zu verantworten. Der Angeklagte hat am 25. Juli v. J. ein Exemplar einer antisemitischen Schrift „Messias von Amsterdam“ verbreitet. Diese Schrift stammt aus dem Götzschen Verlag in Dresden. Es ist eine Verdeutschung und für agitatorische Zwecke hergestellte Bearbeitung eines Werkes von Hans Jakob Christoph von Grimmelshausen, des Verfassers von „Simplicius Simplicissimus“, welches, wie der gestern als Zeuge vernommene Herr Götz hervorhob, schon vor zehn Jahren in einer Brochüre'schen Ausgabe erschienen ist. Der Inhalt des Buches hat die Anklage auf Grund der §§ 166 und 184 veranlaßt. Während der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Wie aus der Urtheilsverkündung hervorging, hat der Gerichtshof in objektiver Beziehung keines der Thatbestands-Merkmale jener beiden Strafparagrafen festgestellt. Der Gerichtshof war der Meinung, daß in dem Buche zwar eine, theilweise sogar recht schlimme Herabwürdigung der jüdischen Religion zu finden ist, nicht aber eine „Beschimpfung“ derselben. Der Gerichtshof hat auch den Thatbestand des § 184 nicht für gegeben erachtet, weil ein unzüchtiger Inhalt der Schrift nicht dargehau sei. Dazu wäre es erforderlich, daß aus ihr selbst der Zweck erkennbar wäre, unzüchtig zu wirken. Diesen Zweck verfolgte aber die Schrift nicht, sondern lediglich antisemitischen Zwecken. Schließlich hat der Gerichtshof auch in subjektiver Beziehung ein Vergehen des Angeklagten nicht für nachgewiesen erachtet, weil er demselben glaube, daß er nicht Kenntnis von dem Inhalte gehabt habe. Der Angeklagte ist daher freigesprochen worden.

Ein Fahrkartenschwindel wurde am Dienstag von dem Landgericht Steinfurt abgeurtheilt. Die angeklagten acht Bahnschaffner wurden für schuldig befunden und unter Annahme mildernder Umstände mit Gefängnisstrafen von 14 Tagen bis 9 Monate verurtheilt. Die Verurtheilten hatten auf der Bahnstrecke Berlin-Steinfurt-Popowall-Stralsund an den Kriminalkommissar Jilmann und den Kriminalschumann Winter aus Berlin gebrauchte Fahrkarten gegen ein Trinkgeld zur Benutzung abgegeben.

Wegen gewerbdmähiger Wilderei wurde der Arbeiter Gustav Kolosch aus Friedrichshagen heute von der ersten Strafkammer am Landgericht II zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Gendarm Claus erwischte den Angeklagten am 19. November v. J. im Köpenicker Stadtfors, wie derselbe einen Rebhock in der Schlinge gefangen hatte. Als der Wilderer sich entsetzt sah, sprang er in die Spree, doch als ihm das Wasser bis an den Hals ging, kam er wieder an das Land. Vor Gericht bestritt er, selbst die Schlingen gelegt zu haben, doch gab er zu, schon am Sonntag vorher ein Hühn in einer Schlinge gefangen, aufgeweidet und mit nach Hause genommen zu haben, um seine Familie mit Nahrung zu versorgen. Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß es der Angeklagte selbst war, der die Schlingen legte, hielt gewerbdmähige Wilderei für vorliegend und erkannte demgemäß auf vier Monate.

Briefkasten der Redaktion.

Schoenau. Ganz recht, aus Versehen ist Ihre Erklärung unter Sprechsaal gekommen.

Brettauendmann, Crefeld. Das Eisenbahn-Regiment und die anderen Spezialmassen haben die zweijährige Dienstzeit nicht.

H. E. O. Man muß Steuern zahlen nach der Veranlagung. Allenfalls kann man Abänderung der Veranlagung beantragen, wenn die Haft eine Veränderung des Einkommens zur Folge hat.

H. S., Moabit. 1. Wenn ein Schuldverhältnis dem Wechselgeschäft zu Grunde lag, kann der Wechsel als Beweismittel in Betracht kommen. 2. mündliche Rücksprache erforderlich.

G. R. 15. Männer bis zum zurückgelegten 25., Frauen bis zum 24. Jahre. Klage beim Landgericht des Vaterl.

Kürnberg, Wahr Nachf. Sie müssen sich an einen derartigen Juristen wenden.

H. R. 100. Die Forderung ist nicht klagbar. Dadurch erledigen sich die anderen Fragen.

H. S., Spandau. 1. Nein. 2. Nein. 3. Nein. — Wenden Sie ein, daß Sie damals minorenn waren.

H. Bonin. Wilibald Alexistr. 1. 30 Pf. 2. Ja.

H. S., Panitzschstraße. Ohne Vorlegung aller Papiere nicht zu beantworten.

Karl Paase, Johannistrafte. Diejenigen, die es unterschrieben haben, können auf Entschädigung wegen Nichtgewährung von Arbeit keinen Anspruch machen.

G. T. 19. 1. Ja. Wenn aber nur ein Winterüberzieher da ist, muß er dem Schuldner gelassen werden. 2. Für Schulden des Mannes nicht. 3. Eigentlich nicht, aber der Nachweis, daß die Frau mit eigenem Geld gekauft hat, wird schwer sein.

1000. 1. Testamenterröffnung müssen Sie beantragen bei dem Gerichte, wo das Testament liegt. Zugleich beantragen Sie gerichtliche Erbregulierung und melden Sie Ihre Forderung als Nachlassforderungen an. 2. Sie können Inventar- und Offenbarungseid fordern.

H. W. Wenn das Kind nicht kramt oder Unzucht treibt, würde wohl jeder Richter auch ohne besondere Vereinbarung ihm das Recht zum Aufenthalt auf dem Hofe zusprechen.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 8. März.
Opernhaus. Faust. — Slavische Brautwerbung.
Schauspielhaus. Faust.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Ein Tropfen Gift.
Lesing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater. Die Brautjungfer.
Königs-Theater. Der Maskenball. Vorher: Vermischte Anzeigen.
Neues Theater. A Basso Porto.
Central-Theater. Ein gesunder Junge.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi.
Viktoria-Theater. Der Südstern.
Alexanderplatz-Theater. Die blonde Gina. — Die Weber.
National-Theater. Ella. — Wildfeuer.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
 Große Frankfurterstraße 132.
 Gastspiel der Frau **Sofie Burska.**
Novität! Ella. Novität!
 Dramatische Phantastie in einem Aufzuge von Henry John Smith. Mit Chören und begleitender Musik v. Paul Sorberg. Dirigent: Adolph Wiedede. Regie: Max Samst.
Sierauf:
Wildfeuer.
 Lustspiel in 5 Akten v. Friedr. Galm. Regie: Max Samst. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Gastspiel des Fräulein **Clara Krabowska** vom großherzoglichen Hoftheater in Mannheim.
Wildfeuer.
 Lustspiel in 5 Akten v. Friedr. Galm.

Central-Theater.
 Alte Jakobstraße 80.
Novität! Ein gesunder Junge. Novität!
 Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jean Ren. Musik von Julius Einöderhofer. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
 Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:
Die Bajazi.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Bloth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
 Dresdener-Straße 55.
Lumpensusanne
 oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
 Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin“, ein schon geprüftes Mädchen Franziska Häser.
Die Bombe. Aftersommertheater im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs“ Josephine Delicissour.
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit — Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
 Ferner u. a.:
„Direktor Hippe“
 von Martin Bendix, sowie Eugen Jocher, Sächsischer Original-Humorist, Alfred Bender. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.
 Freitag, den 9. März 1894:
Benefiz für Alfred Bender.

Kaufmann's Variété
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert
 von nur Künstlern 1. Ranges.
 Auftreten der Ballet-Gesellschaft **Columbia** (10 Damen), Balletmeisterin Rosa Fricka.
 Auftreten der Elite-Parterre-Akrobaten u. Pantomimentruppe **Hermandez.**
Im Mädchen-Pensionat. Komische Pantomime mit Ballet. The Willon's, Doppel-Jongleure. José di Dios, Kostüm-Soubrette. G. Cordes, Gesangs-Humorist.
 Anfang: **Sonntags 6 Uhr.**
Wochentags 8 Uhr.
 Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Nur noch wenige Tage.
Präuschers anat. Museum
 täglich von früh 9 bis 10 Abends für erwachs. Herren. Dienstag u. Freitag
Damentag.
 unwiderruflich:
Schluß Sonntag, den 1. April.

Gratweil'sche Bierhallen
 Kommandantenstr. 77-79.
 Welt u. größt. Stablfestm. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree
 der ersten Wiener Damenkapelle **„Dittl“**
 und Auftreten von **Künstlern u. Spezialitäten 1. Ranges.**
Täglich: Auftreten der **Miss Webb, Laubentönigin,**
 mit ihren 24 dressierten Lauben. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf. 3 Regelmabnen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrius.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten
 sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Berl. Bock-Brauerei
 Tempelhofer Berg:
55. Bock-Saison.
Täglich:
Gr. Militär-Concert.

Passage-Panopticum.
Die Glocke
 von Fr. v. Schiller. Musik von Homberg. Dargestellt in 15 lebend. Bildern.

Alcazar.
 Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Heu! Heu!
Bummel-Fritze.
 Posse mit Gesang in 2 Bildern. Neues Variété-Programm.
 Entree 15 Pf., reservirt 30 Pf.
R. Winkler.

Circus Renz.
 (Karlstraße.)
Donnerstag, den 8. März cr.:
 Abends 7 1/4 Uhr:
Nur auf zur frühlichen Jagd!
 Barfocce- u. Kaschadenritt. Ballet von 100 Damen. Meute von 40 Hunden. Außerdem: Der ostpreussische Hengst Blondel und Monstre-Tableau von 60 Pferden, vorgef. v. Dir. Fr. Renz; Grande Quadrille de la haute equestation, ger. v. 6 Damen u. 6 Herren; die Handakrobaten Gebr. Detroit; der faulische Jockey Mr. Williams; der urkom. Jimitator-Clown Mr. Ybbs, u. f. w.
 Freitag: Auf auf zur frühlichen Jagd!
Fr. Renz, Direktor.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Luise Gidde, geb. Krons,** am 5. März, Vormittag 10 Uhr, am Verzeiden sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet am Donnerstags, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus Winterstr. 2 aus nach dem Gemeindefriedhof statt. 2191b
Theodor Gidde nebst Kindern. Reinickendorf.

Deutscher Holzarbeiter-Verein
 (Zahlsstelle Berlin).
 Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Verbandsmitglied **Rudolf Weinhold**
 am Sonnabend, 3. März, gestorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. März, Nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Treptower Kirchhof aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
 Sonntag, den 11. d., Abends 6 Uhr, bei Seefeldt, Grenadierstr. 33:
Monats-Sitzung.
 Nach Erledigung der Tagesordnung: Vortrag: Gewerkschafts-Organisation. Die Mitglieder ladet bestens ein 21886
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. j. w.
 Oertliche Verwaltung Berlin N. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 3. d., unser Mitglied **Rudolf Weinhold**
 im Alter von 43 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. d. M., Nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Kirchhofes aus statt. 306/17
 Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankentafel des Lötgergewerbes in Berlin.
 Freitag, den 9. März, Abds. 7 Uhr, im großen Saale des Hrn. Alb. Keller, Bergstr. 68:
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Ergänzungswahl der Delegirten, der Herren Arbeitgeber resp. Arbeitnehmer für das Jahr 1894/95. 2. Verschiedenes. Nach § 47 des Statuts:
Bekanntmachung.
 Zutritt haben nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zur Zeit oben genannter Klasse angehören. Arbeitnehmer, die zur Zeit beim Innungsmeister arbeiten, haben keinen Einlass.
Kontrolle am Eingang.
 Gustav Erbs, 1. Vorsitzender, Spandau, Großer Wall in der Havel. Rud. Balke, Schriftführer, Madalstr. 9. 2065b

Concordia-Festsäle
C. Saeger,
 64. Andreasstraße 64.
Donnerstag, den 8. März:
Grosse Soirée
 der **Norddeutsch. Sänger.**
 Außerwähltes Programm.
 Nach: **Familien-Kränzchen.**
 Anfang 8 Uhr. **3** Passe-partouts, Familien- u. Freibildets haben Billigkeit.
 78/10 **C. Saeger.**

„Sanssouci“
 Kottbusstr. 4a.
Donnerstag, den 8. März cr.:
Stettiner Sänger
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf.
Ganz neues Programm!
 Freitag: Viktoria-Brauerei.

Castan's Panoptikum.
 Neu! Eine Neu!
Vision:
Psammenit,
 der lebende Mumienkopf.

An die Agitationskomitee's.
 Schon einige Mal, wenn ich zu einem Vortrag eingeladen war, war ohne mein Wissen und Willen das Thema ausgeschrieben worden: **Christenthum und Sozialismus.** Ich erkläre nun, daß ich in politischen Vorträgen über dies Thema nie reden werde. Ich bin stets bereit, in Privatvorträgen auch über meine Stellung zum Christenthum jedermann Rede und Antwort zu stehen, aber ich halte es für prinzipiell unrichtig, in politischen Versammlungen von der Religion anders zu sprechen, als bloß soweit sie Sache politischer Gesetzgebung ist. — Für das nächste Vierteljahr kann ich keine neuen Vortragsversprechungen eingehen und bitte daher, sich mit Anfragen keine unnötige Mühe zu machen.
Th. Wächter.

Allg. Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und Gefassgenossen. (E. S. 86, Hamburg.) **Bezirk D.**
Heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hirte, Elisabethkirchstr. 14:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Das Antwortschreiben des Hamburger Vorstandes. 2. Eventuell Delegirtenwahl.
 189/7 **Die Ortsverwaltung.**

Ethische Gesellschaft.
 Sonntag, den 11. Februar d. J., Nachmittags 3 1/2 Uhr, in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstraße 77-79:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Mitgliedskarte legitimirt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die auf heute bei Seefeldt nderaumte Generalversammlung findet nicht statt. 150/7 **Der Vorstand.**

Achtung! Deutscher Metallarbeiter-Verein.
 Sonnabend, den 10. März:
Großes Winter-Vergnügen
 in **Keller's Festsälen,** Bergstraße Nr. 68.
Großes Konzert, ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmuster, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Nordwacht“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) und des Volkshumoristen Herrn **Otto Koch.**
 Nach dem Konzert: **Großer Ball.**
 Herren, die daran theilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach. Anfang präzise 8 1/2 Uhr. Bilet 25 Pfennige. Ende ???
 Biletts sind in allen mit Plakat belegten Handlungen sowie am Sonnabend, den 10. März, bei **Keller** unten im Lokal zu haben. 435/9
 Um zahlreiche Beteiligung erucht **Das Komitee.**

Ortskrankentafel für das Gewerbe d. Tischler u. Pianofortearbeiter
Donnerstag, den 15. März, Abends 7 1/2 Uhr, bei Boltz,
 Alte Jakobstraße 75:
Außerordentliche General-Versammlung
 der Vertreter der Rassenmitglieder und des Arbeitgebers.
 Tages-Ordnung:
 Anträge der letzten Generalversammlung vom 22. Februar d. J.:
 1. Vornahme der Delegirtenwahlen im Oktober, statt wie bisher im Januar, damit die neugewählten Delegirten die Vorstandsmittglieder resp. die Beamten wählen können.
 2. Abänderung des Statuts dahingehend, daß im § 56 Absatz 2 Zeile 2 gesetzt wird, werden „von den Vertretern der Rassenmitglieder“ u. f. w. gewählt.
 3. Kündigung sämtlicher Rassenbeamten, eventuell Neuwahl derselben.
 2179b **Der Vorstand.**

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
Sonntag, den 18. März, punkt 10 Uhr, Annenstr. 16.
 Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Beratung der vertragenen Anträge. 4. Bundesangelegenheiten und Fragekasten. 495/2

Parodie-Theater
 Oranienstr. 52, am Moritzplatz. 2172b
Täglich: Grosse Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
 mit stets reichhaltig wechselndem Programm unter neuer Direktion.
 Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, an Wochentagen 7 1/2 Uhr. Entree 25 Pf.

Sonntag, den 18. März,
 ist der Saal des Schweizer-Gartens sowie der Alhambra, Ballnertheaterstraße 15, noch an Vereine u. zu vergeben. 5747L*

Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,
 Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. No. 57/58, Alte Schönhansstr. 2 (vom 1. April ab), empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mt. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mt. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben.

Billigste Bezugsquelle!
Wecker-Uhren, bestes Fabrikat, 2,40, 3 und 4 Mark.
Wanduhren mit Schlagwerk 3,50, 4 und 5 Mark.
 Reparaturen unter Garantie gut und billig.
H. Schneider, Uhrmacher und Optiker,
 Brunnenstraße 40.

Die Beleidigung gegen Herrn v. Karozowski nehme ich zurück.
 2176b **P. Gommert.**

Empfehle allen Freunden u. Genossen meinen **Weiss- und Bairisch-Biervortrag.**
F. Wigel, Fürstenwalderstr. 19.
 Mitglied des 4. Wahlkreises und des Zentralverbandes deutscher Brauer.

F. Vietich Tanz-Institut,
 jetzt Dresdenerstraße 116.
 März beg. neue Lehrkurse f. Damen u. Herren. Sonntag und Wochentags Meldungen jeder Zeit.
 Restaurant billig zu verkaufen. Rab. bei **Kubo,** Alexandrinenstr. 87, 4 Treppen. 2182b

Achtung! Chirurgische Branche!
 Die Sperr über die Firma **Chr. Schmidt,** Ziegelstr. 3, ist aufgehoben.
 2183b **Der Vertrauensmann.**

Die Aufhebung der Sperr erledigt gleichzeitig mein Zirkular.
 2186b **Chr. Schmidt.**

Kinderwagen
Korbwaren, Holzwaren
 Größtes Lager Berlins. Theilzahl gestattet. Muster, gratis, empfiehlt
A. W. Schulz, Brunnen-Str. 145
 (Ecke Rheinsbergerstr.) Hauptgesch.
 Brunnenstr. 95 vis-a-vis Humboldts-bain.
 Teleph.-A. III. No. 1767.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

65. Sitzung vom 7. März, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Caprivi, v. Bötticher, v. Marschall, Miquel, Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879 (Aufhebung des Identitätsnachweises).

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Die Verhandlungen über die Handelsverträge haben sowohl den Vertretern der Regierungen als den Vertretern der Parteien Gelegenheit gegeben, die Verhältnisse der Landwirtschaft zu prüfen, und sie waren geeignet, selbst denen, welche sonst kühl den landwirtschaftlichen Verhältnissen gegenüberstehen, die Ueberzeugung beizubringen, daß die Beschwerden der Landwirthe nicht bloß Seitenblasen der Agitation, sondern der Ausfluß schwerer Mißstände waren. Vor mir liegt der Bericht der westpreussischen Generallandwirtschaft, aus welchem sich ergibt, daß von 1000 selbständigen Gütern in den Jahren 1879—1892 237 zur Zwangsversteigerung ausgeschrieben sind, und 222 sind wirklich zwangsweise versteigert worden. Was bedeutet es für das gesamte wirtschaftliche, kirchliche und Staatsleben, wenn mehr als der fünfte Theil der selbständigen Güter einer Provinz zum Zwangsverkauf kommt? Früher wirtschaftete die Landwirtschaft so zu sagen im isolierten Staate, die Preise regelten sich nach Angebot und Nachfrage. Jetzt konkurriert sie mit den Produkten von Ländern, die unter anderen klimatischen, Boden- und Arbeiterverhältnissen produzieren. Aus dieser Erwägung ist die Zollschutz-Gesetzgebung von 1879 gemacht worden; aber der Zweck ist auch durch die nachträgliche Erhöhung der Zölle nicht erreicht worden. Der landwirtschaftlichen Produktion ist der Schutz nicht voll zu gute gekommen. Das zeigen die Durchschnittspreise, welche amtlich ermittelt wurden für Weizen und Roggen; die Preise waren niedriger als vor dem Schutz. Der Zollschutz kam im Osten nur mit 48—60 pCt. des Zollbetrages zum Ausdruck. Durch die Zollgesetzgebung und dadurch, daß die Inlandspreise zu hoch waren, um auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, mußten die in Deutschland wachsenden Getreidemengen und die einmal importierten im Lande bleiben und drückten den Preis niedriger, als man nach dem Zoll hätte erwarten sollen. Ein Lebenselixir für die Landwirtschaft giebt es allerdings nicht. Es werden viele gesunde Mittel angewendet werden müssen, um eine Gesundung herbeizuführen und die Landwirthe werden auch Geduld haben müssen. Die Vorlage soll ein Mittel zur Hebung eines Theiles der Landwirtschaft sein. Es soll nicht eine allgemeine Hebung der Preise erreicht werden durch die Vorlage, sondern es soll nur der Qualitätswaare Deutschlands der Export ermöglicht werden. Es spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß unser Weizen dieselbe günstige Aufnahme in England finden wird wie früher. Es ist auch zu hoffen, daß Hafer und Gerste den alten Exportmarkt wieder finden. Es hat mich gewundert, daß in den Versammlungen des Bundes der Landwirthe die Meinung aufgetaucht ist, die Anhänger desselben müßten gegen die Vorlage stimmen. Man ging dabei wohl von dem Gedanken aus, daß die Landwirtschaft des Ostens keinen Vortheil haben will gegenüber den süd- und westdeutschen Landwirthen. Wenn aber bekannt wird, daß durch die Aufhebung des Identitätsnachweises der Preisdruck beseitigt wird, den jetzt der Osten auf den Westen und Süden ausübt, so wird auch der Bund der Landwirthe für die Vorlage stimmen. Nachdem man 1879 die Aufhebung des Identitätsnachweises für die Mühlenindustrie eingeführt hatte, haben die inländischen Mühlen fast gar kein inländisches Getreide mehr verarbeitet. Das ergibt sich aus der Statistik, welche seit 1884 vorliegt. Aus Gesprächen mit vertrauenswerthen Sachverständigen schließe ich, daß die Einfuhrscheine nicht einen Gegenstand des Handels bilden werden, denn die Exporteure seien auch Importeure, das Geschäft würde nur ein lokales sein. Wenn das richtig ist, fällt für West- und Süddeutschland jede Befürchtung einer Abdröckelung des Zolles fort. Wenn die Einfuhrscheine kurantes Zolkgeld werden, dann wird der Zollschutz nicht beeinträchtigt werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Süden wird von dem Identitätsnachweis nicht nur keinen Schaden, sondern sogar Vortheil haben. Süddeutschland wird dadurch hoffentlich wieder für Gerste und Malzprodukte seine alten Absatzmärkte finden. (Zustimmung rechts.) Man sagt, die Aufhebung des Identitätsnachweises würde die Vertheuerung der Inlandspreise mit sich bringen. Es wird nur der lohnende Export der Qualitätswaare ermöglicht, aber es ist nicht anzunehmen, daß der Preis dieser Qualitätswaare maßgebend sein wird für den inländischen Konsum. Wird aber wirklich der Zoll vollständig wirksam, so wird eigentlich nur das erreicht, was erreicht werden sollte durch den Zolltarif von 1879. (Sehr richtig! rechts.) Die Preise sind ja auch so niedrig, daß eine Erhöhung nicht allzu schwer belastet wird. Man befürchtet nun, daß das gute Getreide ausgeführt und schlechtes eingeführt wird. Ich glaube das Gegenteil. Der Importeur wird ein Interesse daran haben, möglichst gutes Getreide einzuführen, denn je besser das Getreide ist, desto mehr Mehl giebt es. Ein Schaden für die Volkernährung wird nicht entstehen. Die Regierungen besitzen kein Bademercum, um die stehende Landwirtschaft zur Gesundheit zu bringen; aber wir hoffen, daß diese Maßregel dazu beitragen wird, die Landwirtschaft wieder zu heben. (Zustimmung rechts.)

Abg. von Suol (L.): Die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises ist beim russischen Handelsvertrag schon erörtert worden. Die Vorlage wird ohne Schädigung der Landwirtschaft des Westens nur dann durchgeführt werden können, wenn für die Einfuhrscheine nicht bloß eine Ermächtigung dem Bundesrath erteilt wird, sie als kurantes Zolkgeld zu verwenden, sondern wenn das gesetzlich festgestellt wird und wenn die ganze Einrichtung mehr eine lokale bleibt. Gerade die kleineren Mültereien leiden sehr erheblich durch die Konkurrenz der großen Fabriksmüllereien, welche meist nur ausländisches Getreide verbrauchen. Redner verweist auf eine Petition von kleinen Mültereien, welche die Abschaffung der Prämie verlangt, welche den großen Mültereien in der Aufhebung des Identitätsnachweises gewährt ist. Die Beschwerden der kleinen Mültereien werden beseitigt werden müssen, vielleicht nicht durch Abschaffung des Privilegiums, sondern durch Ausdehnung desselben auf alle Produzenten. Die Vorlage wird geeignet sein, die Nachteile zu beseitigen, welche der Mühlenindustrie aus dem russischen Handelsvertrag erwachsen.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (H.): Die Rede des Staatssekretärs hat auf dieser Seite des Hauses ganz angenehm berührt, weil sie den Beweis erbracht, daß in der Reichsregierung nicht nur Leute sitzen, die ein warmes Herz für die Landwirtschaft haben, sondern auch ein besonderes Verständnis für die Bedürfnisse derselben. Er hat sogar von dem Bunde der Landwirthe mit Ruhe und ohne Erregung gesprochen. (Weiterkeit.) Bedauerlicherweise ist aber, daß pari passu mit dieser Vorlage die Staffeltarife, das einzige, was in den letzten Jahren zu Gunsten der Landwirtschaft geschehen ist, aufgehoben werden sollen. Unter dem Privilegium der großen Mühlen haben die kleinen Mültereien erheblich gelitten und es wird sich vielleicht auch

empfehlen, bei dieser Gelegenheit den sogenannten gemischten Transpöslagern ein Ende zu machen, weil sie Spekulationen mit ausländischem Getreide dienen. Die Aufhebung des Identitätsnachweises wird aber in ihrer Wirksamkeit doch überschätzt; das Gebiet der Wirksamkeit der Maßregel wird ein beschränktes sein und die Grenze wird da sein, wo die Transportkosten nach der ausländischen Konsumtionsstelle ebenso hoch werden wie die nach der inländischen Konsumtionsstelle. Eine große allgemeine Revolution in den Markthaltungen des In- und Auslandes wird nicht stattfinden. Die großen Befürchtungen von anderer Seite werden also auch nicht erfüllt werden. Daß die Zollscheine ein Objekt der Spekulation werden, daß sie den Zollschutz herabdrücken werden, ist nicht zu befürchten, da die Zollscheine auch für andere Waaren benutzt werden können. Die Scheine werden also fast ganz ihren vollen Werth behalten. Die Herren im Süden verlieren die Konkurrenz, welche ihnen in Folge der Staffeltarife die ostdeutsche Landwirtschaft gemacht hat. Wir wollen ja Erhöhung der Getreidepreise und damit kann auch Handwerk und Industrie zufrieden sein, denn dadurch wird die Kaufkraft der Landwirtschaft erhöht werden. Man fürchtete ferner, daß die Ausfuhr bewirkt, die Einfuhr aber zurückgehalten würde zum Schaden der Volkernährung. Wenn eine solche Gefahr wirklich einmal eintreten sollte, so gäbe es schließlich immer noch das Mittel eines Ausfuhrverbots. Redner empfiehlt ebenfalls, ohne Kommissionsberathung die zweite Berathung der Vorlage im Plenum vorzunehmen.

Abg. Schippel (Soz.): Wir haben die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises in der Fraktion sehr eingehend erwogen, ohne jede Animosität gegen die Vertreter des Ostdeutschen Grundbesitzes. Daß diese unsere politischen Gegner sind, würde uns niemals verleiten können, die berechtigten Forderungen der ostpreussischen Landwirtschaft nicht zu berücksichtigen. Die Zustände wie sie nach Aufhebung des Identitätsnachweises sich entwickeln würden, haben für uns manches Anziehende. Zweifellos würde nach Aufhebung des Identitätsnachweises ein Stück internationalen Freihandels eingefügt werden in das alte System der sogenannten nationalen Wirtschaftspolitik. Es würden für gewisse Waarenbezüge die alten natürlichen Richtungen wiederkehren können, von denen sie seit 15 Jahren durch die Wirtschaftspolitik künstlich abgelenkt sind. Wenn wir trotzdem einstimmig dahin gekommen sind, die Aufhebung des Identitätsnachweises abzulehnen, so beruht das auf folgenden Gründen. Wir können trotz der Nothlage der ostdeutschen Landwirtschaft nicht so weit gehen, wie die ostdeutschen Patrioten. Die Vortheile für sie würden wieder aus den Taschen der ostdeutschen Konsumenten herausgezogen werden. Bisher ist die volle Zollwirkung im Osten Deutschlands nicht in Kraft getreten. Weltmarktpreis plus Zoll konnten die ostdeutschen Grundbesitzer nur erhalten, wenn sie ihr Getreide nach dem Süden und Westen Deutschlands transportierten; sie hatten dann aber wieder die Transportkosten zu zahlen. Nach Aufhebung des Identitätsnachweises kann sich der Großgrundbesitzer im Osten jeden Augenblick den Weltmarktpreis holen, indem er sein Getreide hinüber nach Skandinavien und England. Außerdem sind ihm dann 35 Mark für seine Einfuhrscheine gesichert. Für die Konsumenten werden wir im Osten nichts erreichen als eine Steigerung der Getreidepreise. Wir werden den Zoll von 35 M. in volle Wirksamkeit setzen, da er bisher nicht in voller Wirksamkeit war. Für gewisse Kreise der ostdeutschen Bevölkerung wird die Aufhebung des Identitätsnachweises Vortheile mit sich bringen, so für die industriellen Bezirke, für die Landwirthe, welche Getreide verkaufen, für die Arbeiter, die mit der Beförderung des Getreides beschäftigt werden. Auf der andern Seite stehen aber diejenigen städtischen Kreise, die beim Getreidehandel und Export nicht theilhaftig sind. Ferner die Tagelöhner auf dem Lande, diese ärmsten der Armen, die in Geldwerth bezahlt werden. Diese Schichten werden durch Aufhebung des Identitätsnachweises geschädigt. Auf der einen Seite fallen wir die Taschen der ostdeutschen Produzenten, schaffen wir ihnen eine günstige Ausfuhrprämie, treiben wir die Getreidepreise in die Höhe, auf der andern Seite nehmen wir ihnen wieder ein Stück Kapital, indem wir die Staffeltarife aufheben. Es ist keine Konsequenz darin, wir haben ein fortwährendes Ausspielen von Interessen gegen Interessen. Wir auf dieser Seite aber haben im Interesse der Konsumenten auf das allerentschiedenste gegen alle diese Gesetzentwürfe uns zu erklären. Wir sind gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises in der Form, wie sie von den Regierungen vorgeschlagen ist, wir sind aber auch gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises in jeder Form. Haben die Herren des Ostens die süßen Früchte der Schutzpolitik sich schmecken lassen, so mögen sie auch jetzt in ähnlicher Demuth und Ergebung die bitteren Folgen tragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (Fr. B.): Ich habe 15 Jahre für die Aufhebung des Identitätsnachweises gekämpft, nicht weil ich eine Vertheuerung des Getreides herbeiführen wollte, sondern weil ich die natürlichen Absatzgebiete für die Landwirtschaft des Ostens wieder eröffnen wollte. Für die Mühlen hat man mit großer Mehrheit die Aufhebung des Identitätsnachweises beschlossen, die man der Landwirtschaft und dem Getreidehandel verweigerte. Zur Vertheuerung des Getreides infolge der Aufhebung des Identitätsnachweises liegt gar kein Grund vor, aber sicher ist, daß unserer Landwirtschaft der alte Markt, der ihr von der Natur geblieben, wieder eröffnet wird. Wie man die Beseitigung der gemischten Transpöslager in den Vordergrund stellen kann, verstehe ich nicht. Das bedeutet einfach die Streichung aller Vortheile der Vorlage für die Landwirtschaft. Die Vorlage beschränkt die Transpöslager auf Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte, während sie früher für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse zugelassen waren. Das wird bei der zweiten Lesung geändert werden müssen. Für uns, die wir den russischen Handelsvertrag als ein bedeutendes Werk halten, muß die Aufhebung des Identitätsnachweises vor der dritten Lesung des Handelsvertrages erledigt werden; deshalb bitte ich um zweite Berathung im Plenum.

Abg. Richter: Ich habe die schwersten Bedenken gegen das Gesetz, wenn man sich in der Theorie manche Gründe für dasselbe sympathisch sind. Bisher hat man uns fortgesetzt versichert, daß es auf den einheimischen Markt ankommt; der internationale Markt sei in seinem Werth sehr problematisch, und man müsse deshalb der deutschen Produktion den heimischen Markt erhalten. Und hier wird der ganz gemeine Manchesterfall proklamirt, daß man dort verkaufen soll, wo am höchsten bezahlt wird, und daß man es erleichtern muß, die deutsche Waare auf den ausländischen Markt zu bringen, wenn auch der heimische Absatz dadurch beschränkt wird. Es ist uns immer gesagt worden, wie schlimm es mit der Getreidespekulation stehe, und hier wird ein Gesetz eingebracht, das diese Spekulation ganz außerordentlich erleichtern kann. Ganz Deutschland wird durch dieses Gesetz für ein einziges großes Transpöslager erklärt. Die Einfuhr des Getreides sollte befürwortet fürst Bismarck damit, daß man der Spekulation einen Riegel vorziehen müsse. Es trieb sich eine Menge ausländisches Getreide jahrelang im Lande umher und drückte die Preise, daher müsse ein Ordnungszoll, ein Reuegeld bezahlt werden von dem, der nachher solches Getreide wieder ausführen wolle, weil es im Inlande keinen Absatz findet. Hier wird das Reuegeld wieder bei Seite geschoben, eine ganz andere Anschauung tritt auf. Man will

Deutschland in seiner Getreideproduktion immer unabhängig vom Auslande haben, jetzt denkt man anders. In Konsequenz der jetzigen Anschauung des Herrn v. Puttkamer gelangt man dazu, der Börse ein augenblickliches Vertrauensvotum zu geben. Man sieht, wie weit die Herren kommen können, wenn sie mal die ganze Grundlage ihrer schutzökonomischen Ideen verlassen. Ich kann zugeben, daß der Handel der Seestädte durch diese Maßregel ganz außerordentlich begünstigt wird. Aber das Interesse der Seestädte fällt nicht immer zusammen mit dem allgemeinen Interesse. Die Maßnahme ist geeignet den Getreidehandel zu verschieben zu Ungunsten des Abzuges von inländischem Getreide im Inlande. Durchschlagend ist aber für mich die Vertheuerung der Lebenshaltung für die Konsumenten im Osten Deutschlands. Hier stimme ich überein mit dem was Herr Schippel gesagt hat. Man wendet ein, wir bekommen mit dieser Maßregel nur unser natürliches Recht wieder auszuführen durch die Häfen, welche in unserer Nachbarschaft liegen. Zu Gunsten aber der Produzenten. Das ist aber ein einseitiger Freihandel. Der Konsument hat auch ein natürliches Recht, durch die Häfen in der Nachbarschaft das Getreide zuzuführen zu bekommen billiger als auf anderen Wegen. Die Konsumvertheuerung im Osten kann doch gar nicht gelehrt werden. Die Erhöhung der Preise im Osten wird ja von den Freunden dieser Maßregel gerade erwartet. Die Regierungsvorlage meint freilich, das Getreide brauche nicht vertheuert zu werden; der Konsument werde sich mit einer anderen Qualität begnügen. Das ist aber in der Hauptsache dasselbe; die Ernährung der Bevölkerung verschlechtert sich. Gewiß haben die Leute im Osten meist ein Interesse an der Landwirtschaft; aber höhere Getreidepreise reichen dennoch nicht der gesamten Bevölkerung zum Vortheil. Diejenigen, welche eine Grundrente beziehen, haben einen Vortheil, aber die Kaufkraft aller andern Leute wird vermindert. Die größte Gefahr ist, daß Ausfuhrprämien entstehen, die nachher schwer zu beseitigen sind, und diese Gefahr ist besonders gesteigert, indem die Ausfuhr und Einfuhr vollständig getrennt werden, wenn der Bundesrath erklärt, die Einfuhrscheine können auch bei anderen Waaren als landwirtschaftlichen Erzeugnissen verwendet werden. Ich vertraue dem Bundesrath in dieser Beziehung gar nicht, denn er hat sehr wechselnde Anschauungen, aber immer einen agrarpolitischen Charakter, der uns nicht gefällt. Der Einfuhrschein wird dann einfach zu einer Reichsbanknote und da könnte man lieber gleich bares Geld bei der Ausfuhr zahlen. Der Bundesrath behält sich vor, minderwertige Waare bei der Ausfuhr auszuschießen. Die Sache wird also ganz in die Hand des Bundesrathes gelegt. Wird der Einfuhrschein bei der Ausfuhr minderwertiger Waare erteilt, so wirkt das wie eine Anbauprämie auf minderwertiges Getreide. Warum soll die Maßregel auf die Hülsenfrüchte ausgedehnt werden? Für Mühlen ist allerdings 1882 der Identitätsnachweis aufgehoben; es wurde aber die Identität der Person und des Lagers festgehalten. Diese Beschränkung fehlt aber hier vollständig. Wenn der Identitätsnachweis aufgehoben wird für Getreide, warum nicht auch für Holz, für Oelfrüchte u. s. w.? Und wie wird das Ausland solche Maßnahmen aufnehmen? Auf die Einfuhr der titres d'acquit à caution antworteten wir mit der Wiedereinführung der Eisenzölle. Den Getreide ausführenden Ländern wird die Vorlage vielleicht angenehm sein; anders dürfte vielleicht England zu der Sache stehen. Für den Handelsvertrag wird man durch diese Vorlage niemand gewinnen. Die Mehrheit für den Handelsvertrag hat sich auch ohnehin schon gefunden, auch ohne Aufhebung der Staffeltarife, für welche die Aufhebung des Identitätsnachweises kein Ersatz ist. Die letztere bringt die Aussicht auf mögliche Vortheile, während die Aufhebung der Staffeltarife eine reale, den Bedürfnissen der Eisenbahn entsprechende Maßnahme war. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist ein Unsegen gegenüber dem Erstgeburtrecht der Staffeltarife. Und gegenüber einer solchen Vorlage will man nicht einmal eine Kommissionsberathung veranstalten. Man müßte uns doch wenigstens die Ergebnisse der Erhebungen mittheilen, die über diese Frage stattgefunden haben. Das ist aber nicht geschehen. Deshalb müssen wir Kommissionsberathung beantragen.

Finanzminister Miquel: Meine Frage ist dunkler geblieben und in ihren Konsequenzen mehr mißdeutet worden wie diese. Man braucht jetzt eine eingehende Kommissionsberathung nicht mehr. (Zustimmung.) Man ist sich über die Tragweite dieser Maßregel völlig klar. Die Ausführungen des Abg. Richter waren in hohem Grade geeignet, die klare Frage wieder zweifelhaft zu machen. (Zustimmung rechts.) Ich will nicht verlernen, daß unter seinen Ausführungen sehr beachtenswerthe Gesichtspunkte waren, wenn ich dieselben auch nicht für richtig anerkenne. (Weiterkeit.) Den Einwand des Herrn Richter, daß ungewiss sei eine Vertheuerung des Getreides im Osten eintreten werde, kann ich nicht gelten lassen. Dadurch, daß das Gesetz die freie Bewegung des Handels in Beziehung auf den Vertrieb der verschiedenen Getreidesorten wiederherstellt, wird zwar zweifellos der Handel weit mehr begünstigt als die Landwirtschaft. Daß aber die Landwirtschaft dabei begünstigt wird durch ein Steigen der Preise, ist nach meiner Meinung nicht sicher. Den Vortheil für die östliche Landwirtschaft erblicke ich hauptsächlich darin, daß das Getreide, das dort produziert wird, an und für sich verlässlicher wird, wenn auch nicht zu höheren Preisen. (Weiterkeit links.) Jawohl, die Erfahrung lehrt, daß das Getreide unter gewissen Verhältnissen überhaupt unverläßlich ist. Sprechen Sie mal mit unseren Bauern, selbst zum billigsten Preise können dieselben ihr Getreide nicht los werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Abzug, der jetzt beschränkt wird durch die Transportkosten ins Inland, wird jetzt erweitert und die Garantie der jederzeitigen Möglichkeit des Verkaufs durch dieses Gesetz neu gegeben. Wenn wir im Osten Nachteile vieler Art durch die Schutzpolitik in Beziehung auf die Industrieerzeugnisse haben, so ist doch um so mehr der Anspruch berechtigt, daß die übrigen Landesheile uns helfen, daß wir wenigstens dieselben Vortheile in bezug auf unsere ländliche Produktion genießen. Das ist doch ein unüberleglicher Satz. (Sehr richtig! rechts.) Das ist ein durchaus natürlicher berechtigter Anspruch, dessen Erfüllung bis dahin ausgefallen ist. Ob die Nachteile der Aufhebung der Staffeltarife für den Osten größer sind, als die Vortheile dieses Gesetzes, darüber brauchen wir uns hier nicht streiten. Ein Brot aus trockenem barmem russischen Weizen ist genau so kräftig als ein aus weichem ostpreussischen Weizen. Es ist gewünscht, daß an Stelle der Befugnisse des Bundesraths, die Einfuhrscheine auch für andere Waaren als Zolkgeld anzuwenden, dies durch das Gesetz selbst zugelassen wird. Dagegen hat Herr Richter mit Recht auf die theoretisch dankbare Möglichkeit hingewiesen, daß einmal die Ausfuhr die Einfuhr übersteigt. Wenn Sie das Gesetz unverändert lassen, so ist wieder die eine noch die andere Befürchtung zutreffend, denn daß der Bundesrath von der Möglichkeit, diese Scheine als Zolkgeld zu verwenden, keinen Gebrauch machen wird, wenn die Ausfuhr die Einfuhr übersteigt, also baar Geld aus der Reichskasse gezahlt werden müßte, darüber kann kein Zweifel sein. Dann würden wir in der That unberechtigte Ausfuhrprämien geben. Wenn aber das Gesetz so bleibt, wie es vorgeschlagen ist, würde eine derartige Behauptung des Auslandes nicht einmal als plausibler Vorwand erscheinen können. Herr v. Puttkamer hat die Frage der Transpöslager berührt und auf das Ver-

denkliche ihrer weiteren Ausdehnung hingewiesen. Diese Frage ist gegenwärtig allerdings in Behandlung. Es hat sich herausgestellt, daß auf Grund älterer Konzeptionen eine ganze Reihe Transfugäre bestehen, die überhaupt nicht nach dem Auslande exportieren (höchst recht), wodurch allerdings ein unbedingter Fiskalcredit gewährt wird, der zum Export spekulative Anregung gewährt. Man erwägt, was zu thun ist, den Mißbrauch dieser Institution abzuschnitten. Einen unmittelbaren Zusammenhang dieser Frage mit der Aufhebung des Identitätsnachweises kann ich aber nicht anerkennen. Es liegt hier eine Maßregel vor, welche die verloren gegangene freie Bewegung des Handels wieder herstellt, es liegt ein Fall vor, wo glücklicherweise das Interesse des Handels und der Landwirtschaft genau übereinstimmt, und wir sollten ihr umso mehr zustimmen, als ja so oft scheinbare Interessengegensätze zwischen diese großen Erwerbszweige gebracht werden und zu Verstimmungen führen, die in sich keine Begründung haben.

Abg. Wassermann (nl.): Die Aufhebung der Stempelsteuer erleichtert einem Theil meiner Freunde die Annahme des russischen Handelsvertrages. Die Bedenken gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises sind bei uns hauptsächlich verschwunden, da für die Ausfuhr hauptsächlich der Norden in Betracht käme; Süddeutschland würde nur bei der Ausfuhr von Gerste betheiltigt sein.

Abg. Meyer-Danzig (Reichspartei) tritt für die Vorlage ein.

Darüber wird die Diskussion geschlossen. Abg. Michelsler (Z.) beschwert sich, daß ihm durch den Beschluß der Debatte die Möglichkeit abgeschnitten sei, gegen die Vorlage zu sprechen.

Der Antrag auf Kommissionsberathung wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Marine-Stat.)

Abgeordnetenhause.

30. Sitzung vom 7. März 1894. 11 Uhr.

Am Regierungstische: Boffe und Kommissarien. Die zweite Berathung des Kultus-Etats wird fortgesetzt mit dem Kapitel: Bibliotheken, das nach kurzer Debatte bewilligt wird.

Nach das Kapitel: Katholische Geistliche und Kirchen (Besoldungen und Zuschüsse) wird bewilligt und der bereits gestern verhandelte Antrag des Abg. v. Strömbek, die Staatsregierung zu eruchen: Ermittlungen darüber anzustellen, ob und welche geistlichen Stellen, deren gänzliche oder theilweise Unterhaltung von der Staatsregierung aus Grund rechtlicher Verpflichtungen geleistet wird, zur Zeit ihren Inhabern ein handesgemäßes Einkommen nicht gewähren, gegen die Stimmen desentrums und der Polen abgelehnt.

Das Kapitel Provinzial-Schulkollegien wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Die Aufgaben für die Prüfungskommissionen werden ohne Debatte genehmigt. In Staatszuschuß für die Landesuniversitäten und die Akademie zu Münster, sowie das Lyceum zu Braunsberg sind 8 171 350 M., 67 250 M. mehr als im Vorjahre, ausgeworfen. Vom 1. April 1894 ab sollen den Beamten der Universitätsbibliotheken (mit Ausnahme der Vorsteher derselben und desjenigen der königlichen Landesbibliothek) Dienst-Mittelzulagen nach dem für die wissenschaftlichen Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten aufgestellten Normaletat gewährt werden, desgleichen den Garteninspektoren bei den Universitätsgärten, sowie dem betr. Beamten beim Botanischen Garten in Berlin nach Erledigung dieser Stelle. In der ausgebehaltenen Debatte bemerkt

Abg. Wirsow u. a.: Geradezu bejammernswürdig aber seien die Zustände der Charitee; es sei die höchste Zeit, den Widerstand des Finanzministers gegen einen Neubau zu brechen; vielleicht gelinge es schon in der nächstfolgenden Etatsperiode, an den Neubau zu gehen; mit Reparaturen sei nicht mehr zu helfen.

Abg. Rath Althoff: Wir haben durchweg dieselben Wünsche wie der Herr Vorredner, aber die Differenz hängt sofort bei der Finanzfrage an, wenn ich auch der Behauptung, daß die Universitäten beim Finanzminister auf Abneigung stoßen, nicht entgegengetreten will. Die Mißstände der Charitee sind allerdings beklagenswerth; die Lösung der Schwierigkeit ist aber um so schwerer, als wir eine Anstalt brauchen, die für hundert Jahre ausreichen soll. Die Vorarbeiten sind soweit gefördert, daß man auch ganz bald zu Thaten kommen wird.

Nach längerer weiterer Debatte, die sich im wesentlichen um die Lage der Bibliotheksbeamten dreht, schließt die Diskussion.

Titel 1. Zuschuß für die Universität Königsberg 817 000 M. wird bewilligt.

Um 4 Uhr wird die Fortsetzung der Berathung des Kultus-Etats auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Tokales.

Die „Zersplitterung der Wohlthätigkeit“, die sich in der Gründung immer neuer „wohlthätiger“ Vereine äußert, hat der Vorsitzende des „Vereins gegen Verarmung“, Ministerialdirektor Reichardt, in der am Montag abgehaltenen 21. Jahresversammlung dieses Vereins dafür verantwortlich gemacht, daß die Mitgliedschaft im Laufe des Jahres 1893 wiederum zurückgegangen ist. Diese Angelegenheit ist nicht neu, und auch Vorschläge zur Beseitigung des Uebelstandes der „Zersplitterung“ sind schon wiederholt gemacht worden. In Zeitungsartikeln und Broschüren hat man eine andere Organisation der „Privatwohlthätigkeit“, ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Vereine, eine Zentralisation des Unterstützungswesens gefordert. Die Forderung hat freilich bisher wenig Beachtung gefunden und wird voraussichtlich auch nie verwirklicht werden. Aus Anlaß der oben erwähnten Aeußerung des Vorsitzenden des „Vereins gegen Verarmung“ verlangt die „National-Zeitung“ jetzt von neuem, daß der „Planlosigkeit“ im Wohlthun ein Ende gemacht werde. Sie beruft sich dabei auf ein von Konstantin Liebig, dem Geschäftsführer des Vereins „Dienst an Arbeitslosen“, verfaßtes Buch über das soziale und sittliche Elend der Arbeitslosen, aus welchem hervorgeht, daß durch diese Planlosigkeit der Mißbrauch der Wohlthätigkeit geradezu künstlich erzeugt werde. Das Buch meint dann: „Es geschieht unendlich viel, um den „Pannbruder“ vor dem Verhungern und dem Erfrieren zu schützen, und ein Bruchtheil der verausgabten Summen würde doch, richtig angewendet, genügen, ihn wieder zu einem nützlichen Gliede der Gesellschaft zu machen.“ Die Behauptung, daß „unendlich viel geschieht“, wird leider durch die Thatsache widerlegt, daß in jedem Winter, auch in diesem, wie unsere Leser wissen, Arbeits- und Obdachlose vor Hunger entkräftet auf der Straße zusammenbrechen oder über Nacht, wenn sie sich ihr Obdach in einem offenen Schuppen oder in dem Thoreweg eines Hauses gesucht haben, elend erfrieren. Das könnte am Ende auch die „National-Zeitung“ wissen. Aber darin hat sie freilich Recht, daß die „wohlthätigen“ Vereine vielfach von gewohnheitsmäßigen Schnorrern gemißbraucht werden, und daß dieser Mißbrauch durch den Mangel einer Verbindung zwischen den verschiedenen Vereinen begünstigt wird. Nur sind beide Erscheinungen, die, daß Obdachlose erfrieren und Arbeitslose verhungern, und die andere, daß Gewohnheitsbetrüger und eine gewisse Sorte von „verschämten Armen“ ein verhältnismäßig bebagliches Leben auf Kosten von Almosen Spendern und „Wohlthätigern“ führen, mit der „Privatwohlthätigkeit“ selber untrennbar verknüpft. Die „Wohlthätigkeitsvereine“ verfahren keineswegs nach der Vorschrift: „Du sollst Deine Linke nicht wissen lassen, was die Rechte thut.“ Sie prüfen und forschen und gähren lange, ehe sie eine Unterstützung gewähren,

und der „Verein der Verarmung“, der früher in seinem Titel auch noch die Worte „gegen Bettel“ führte, ist sogar stolzer auf die Zahl der Zurückgewiesenen als auf die der unterstühten. Das schreit natürlich die wirklich Bedürftigen zurüch, während es die Gewohnheitschnorrer nur wenig inkommodirt, da sie viel lieber sind als die Neckerheute der Vereine. Die vielgepriesene „Privatwohlthätigkeit“, mit der man die gerechten Forderungen des arbeitenden Proletariats beschwichtigen zu können meint, hat sich längst als vollständig unfähig erwiesen, wirklich vorhandene Noth auch nur zu lindern, geschweige denn ihr wirksam zu steuern. Es ist ein eigenes Verhängniß, eine Ironie des Schicksals, die uns beinahe mit Schadenfreude erfüllen könnte, daß die Bourgeoisie, indem sie mit ihrer „Privatwohlthätigkeit“ dem angeblich so begehrenden arbeitenden Volk den Mund stopfen wollte, es zugleich dahin gebracht hat, daß die Arbeitsscheuen aller Gesellschaftsklassen, vom Bettler hinauf bis zur Wittve des höheren Beamten und dem abligen Fräulein, einen vergnüglichen Tag leben können. Daran würde auch eine Zentralisation des „Wohlthuns“ im wesentlichen nichts ändern, da, wie gesagt, der Gewohnheitschnorrer doch immer der Schlawer ist. Fort mit der ganzen „Wohlthätigkeit“, wie wir das oft genug verlangt haben, und die Forderungen des arbeitenden Volkes bewilligt! Mit den Haulengern, die sich heute auf den Bettelsack verlassen, wird man dann schon ebenso fertig zu werden wissen, wie mit den anderen, die auf ihren Geldsack pochen. In einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird freilich die „Wohlthätigkeit“ stets ihr beschiedenes Plätzchen angewiesen erhalten, damit die Gegenstände nicht zu sehr hervortreten. Und so lange es „wohlthätige“ Vereine giebt, wird man auch von einer Zentralisation nichts wissen wollen. Um zu verstehen, warum es zu einer solchen nicht kommen kann, muß man sich gegenwärtig halten, warum in sich die „Privatwohlthätigkeit“ zersplittert, und warum „wohlthätige“ Vereine in den meisten Fällen überhaupt gegründet werden. Die Motive einer solchen Gründung sind mannigfacher Art, ehe und andere, zumeist aber andere, und unter diesen beiden sind die wichtigsten Eitelkeit und Eigennutz. Die Eitelkeit, mit der wir uns hier allein beschäftigen wollen, begünstigt, gepaart mit Vereinsknecht, die Gründung und Ausbreitung solcher Vereine, da es immer ein gewisses Ansehen verleiht, Mitglied eines „wohlthätigen“ Vereins zu sein, wozu man sich in Vorhande zu sehen oder gar zu den Mitgegründern zu gehören. Die Eitelkeit führt auch zu der sogenannten Zersplitterung, indem sie zur Gründung immer neuer, ähnlicher Vereine treibt, in denen diese oder jene, anderswo nicht noch Verdienst gewürdigte und unbekannt gebliebene Größe sich ein Podium schaffen will, auf dem sie als „Wohlthäter“ und „Volksheld“ glänzen kann. Dabei denn auch der Unmuth, wenn Wittkledergahl und Einnahmen nicht steigen wollen, sondern eher fallen, daher die Mißstimmung gegen angrenzende Vereine, von denen man geschädigt zu sein glaubt. Es ist vorgekommen, daß Vereine öffentlich bekämpft wurden: Wir bitten, uns nicht mit dem und dem Verein zu verwechseln. Erst vor wenigen Wochen konnte man in der „Vossischen Zeitung“ (vom 30. Januar) eine „Entgegnung“ des „Zentralvereins Mädchenhort“ lesen, welche anob: Frau Emilie Mose macht die Mitglieder ihres Vereins „Mädchenhort“ darauf aufmerksam, daß ein anderer Verein ähnlichen Namens eine Hauskollekte für seine Zwewe veranstaltet habe. Dieser „andere Verein“ ist der seit 11 Jahren bestehende „Zentralverein Mädchenhort“ für die Gemeinden Berlin“, nach dessen Muster und Anweisung sich erst das Mädchenhort der Frau Mose gebildet hat.“ Ebenso sieht sich der „Verein zur Speisung armer Kinder und Hochleidender“, wie der „Vorsen-Courier“ (vom 23. Februar) in fast entrüsteter Tone meldet, durch das Auftreten einer neuen „Vereinigung zur Speisung bedürftiger Schulkinder in der Potsdamer Vorstadt“ in seinen Zielen getrennt. Auch dieser Verein beklagt sich, gleich dem „Verein gegen Verarmung“, wie der „Vorsen-Courier“ sagt, „über die Zersplitterung der Wohlthätigkeit zum Schaden seines wohlorganisirten Werkes“. Nehliche Beispiele könnten wir mehr anführen. So nimmt sich die „Wohlthätigkeit“ der Bourgeoisie aus, wenn man sie von der einen Seite, vom Standpunkte der Eitelkeit aus betrachtet. Wie sie sich vom Standpunkte des Eigennutzes aus präsentirt, darüber werden wir uns mit der „National-Zeitung“ vielleicht ein andermal unterhalten.

Die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft scheint ihr Ideal darin zu suchen, in der Hastkarrigkeit gegenüber billigen Forderungen des Publikums ihr berühmtes Muster, die Staatseisenbahn-Verwaltung womöglich noch zu übertrumpfen. Seit Jahren wird der Zehnpendig-Tarif unter tausend zutreffenden Begründungen als Forderung erhoben und für die Einführung derselben spricht eindringlicher, als alle seit Jahren sich wiederholenden Gründe, Erwägungen und Vorschläge dies zu thun vermögen, die einfache, vom Geschäftsbereich der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft anerkannte Thatsache, daß die auf eine beständete Person entfallende Einnahme im Durchschnitt nicht mehr als 11,27 Pf. beträgt. Der Einnahmehöhen von 1,27 Pf. für die Person würde sehr bald ausgleichend sein, denn bei dem einheitlichen Tarif könnte die Gesellschaft eine große Anzahl Kontrollbeamten sich ersparen und ferner würde bei einem billigeren Satze die Pferdebahn weit stärker benutzt werden als gegenwärtig schon.

Aber die Große Berliner Pferdebahn-Gesellschaft sieht im Zeit und kann ja mit der ihr eigenen Eitelkeit nicht allein die Klagen ihrer bei langem Lohn aufs Schlammste abgehuteten Angestellten, sondern auch den Unwillen des Publikums lächelnd ertragen. Die Gesellschaft hatte im Jahre 1893 eine Einnahme von 14 855 990 M., dem eine Ausgabe von nur 8 281 700 M. gegenüberstand; der Ueberschuß betrug somit 6 574 290 M. und warf nach den angefügten, reichlich bemessenen Abschreibungen die statliche Dividende von 12 1/2 pCt. für die armen Aktionäre ab. Wozu soll sich die Gesellschaft da noch um die Wünsche des Publikums oder gar um die Stimmen Klagen ihrer eingeschüchterten Angestellten kümmern? Echterlich. Man sieht im Zeit, und daß die Stadtverwaltung ein Nachwort spräche und ihren Einfluß fähler ließe, ja, das hat aus sehr durchsichtigen Gründen noch gute Weile.

Das Neueste in der Reklame. Die Wiederkehr jener ersten Märztag. . . So beginnt eine Notiz, welche gegenwärtig die Kunde durch denjenigen Theil der Presse macht, der mit am festesten eingeschworen ist auf das vor einigen Tagen von dem Reichstags-Abgeordneten und Gottesmann Schall so lieblich interpretirte Bittelhauben- und Schießsprügel-Christenthum. Was der Teufel haben aber „Kreuz- und Reichsboten“ mit den Märztagen zu thun, mit den Tagen, an denen das opferfreudige Volk von Berlin sich erhob und den Absolutismus mit dem nachmaligen Kartätschenprinz an der Spitze aus dem Lande hinaus jagte? Ach, man irrt sich. Jene einzigen Märztag meint die Waffenspreche nicht. Die Presse der Städte und Hammerstein nennt in dem angeführten Waffenzettel jene Märztag ernst, an denen vor sechs Jahren der Tod des alten Wilhelm Millionen Deutsche zu einem allgemeinen „Uff“ erweckte, an denen das arbeitende Volk instinktiv fühlte, daß es nunmehr auch mit dem starren Regiment seines Feindes Bismarck ein baldiges Ende nehmen müsse. Den sogenannten Ernst jener Tage sucht die Junker-, Pastoren- und Grobbörstner-Presse nun bei ihrem Publikum wieder zu erwecken, indem es ihm — Briefbeschwörer, das Stück die 10 Mark in Empfehlung bringt. Wir scherzen nicht. Die Wiederkehr jener ersten Märztag, welche vor sechs Jahren dem deutschen Volke seinen ersten Kaiser nahmen,“ so heißt es wirklich in dem von uns der Heiterkeit unserer Parteigenossen preisgegebenen Waffenzettel, „erweckt von neuem die Erinnerung an jene Zeit, wo Hunderttausende von Deutschen sich nach dem alten Dome zur Aufzählung drängten. Der Dom, in

welchem sich jene bedeutsamen Szenen ereigneten, ist jetzt verschwunden, die Quadern aber, auf welchem der Sarkophag Kaiser Wilhelms I. stand, wurden in Gedenksteine verwandelt.“

Jetzt kommt die Geschichte allmählig auf ihren eigentlichen Punkt hinaus, denn der rührende Appell an die Tränenrisen, endigt mit der Anzeige, daß aus den Quadern Briefbeschwerer gemacht worden sind, welche zum Besten der „Heimath für jung-Mädchen und Frauen gebildeter Stände“ für den Spottpreis von 10 Mark pro Stück verschleudert werden sollen. Halb umsonst also.

Wir denken, daß der seine Reizner und die Goldene Hundert-zehn in Punkt drohlicher und überraschender Reklame doch noch etwas von der staatserkaltendsten Presse lernen können.

Der Kulturfortschritt ist nicht zu unterschätzen, den die Berliner Polizei sich anscheinend zu eigen gemacht hat. Zu unserer lebhaften Genugthuung war bei der Entlassung Althaus' aus Plöhensee am Dienstag der grüne Wagen seiner fürsorgenden Kasse entzogen worden. Wie den betheiligten Parteigenossen nur zu lebhaft erinnert ist, wurde z. B. unser Mitkämpfer Paus kurz vor seiner Entlassung aus der langen Gefängnishaft von Plöhensee im grünen Wagen nach dem Alexander-Platz gebracht und erst von dort aus der sogenannten Freiheit wiedergegeben. Angeblich geschah dies, um etwaige — von sozialdemokratischer Seite übrigens gewiß nicht beabsichtigte — Aufstöße zu verhüten. Das letzte Mal hatte unseres Wissens der grüne Wagen bei dem fürlich geführten Prozeß gegen unseren Genossen Anders eine politische Rolle zu spielen. Fürsorglich brachte man unseren braven Kollagen, bei dem wahrscheinlich auch der pflicht-eifrigste Staatsanwalt keinen Fluchtverdacht vermutet hat, in dem so sehr bequemen Omnibus nach Moabit und hielt ihn dort unter so aufmerksamer Hut, daß es nicht einmal seinen bei der Verhandlung anwesenden Mitredakteuren vergönnt war, auch nur auf eine einzige Minute ein theilnehmendes Wort mit ihm zu wechseln. Wie von den Gerichtsbeamten erklärt wurde, soll dieser neueste Kusfuß preussischer Menschlichkeit in einer Ministerialverfügung seinen Grund haben, welche es jedem, auch dem politischen Gefangenen verbietet, in der Pause einer gegen ihn geführten Verhandlung mit seinen etwa anwesenden Freunden und Verwandten ein Wort zu sprechen. Von dieser Abschweifung auf das Gebiet der preussischen Humanität wollen wir jedoch wieder auf den grünen Wagen zurückkommen, dessen aparte Bestimmung es im Fall Anders noch war, diesen während der ganzen Zeit seines sieben- oder achtstündigen Aufenthalts in Moabit ohne entsprechende leibliche Versorgung zu lassen; wahrscheinlich in der löblichen Absicht, daß ihm bei seiner Rückkehr nach Plöhensee der Numsatz desto herrlicher schmecken sollte. Doch die Zeiten haben sich, nach den Vorgängen am Dienstag zu urtheilen, geändert und der politische Gefangene darf, ohne die Tortur im grünen Wagen durchmachen zu müssen, frank und frei aus Plöhensee herausmarschieren und sich, genügende Beseitigung voranzgesetzt, im Triumph durchs Brandenburger Thor führen lassen. Wir wollen den preussischen Behörden aufrichtigen Dank für diesen Fortschritt, der gemäß dem leider vielfach verheißenen Verfassungszusatz „Gleiches Recht für Alle“ hoffentlich wie heute den Antifeministen so morgen den Sozialdemokraten zu gute kommen wird.

Die Schülerzahl der städtischen höheren Lehranstalten (Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen mit ihren Vorschulen) ist im Laufe des Schuljahres 1893/94 wieder weiter zurückgegangen, von 13 108 auf 13 020. Die Ursachen dieser bereits seit einer Reihe von Jahren beobachteten Erziehung hat man in mancherlei Umständen suchen zu müssen geglaubt, z. B. auch darin, daß die Beliebtheit der Gemeindefschulen bei der besagten Klasse von Jahr zu Jahr gewachsen sei. Gegen diese Annahme spricht jedoch die Thatsache, daß gerade in den Vorschulen, die den Kindern der Besitzenden in den ersten Schuljahren die Gemeindefschule ersetzen, von der Abnahme der Schülerzahl noch am wenigsten zu merken gewesen ist. Von 1888/89 bis 1893/94 fiel die Schülerzahl aller städtischen höheren Lehranstalten sammt den Vorschulen von 13 922 auf 13 020, also in 5 Jahren um 902. Die Schülerzahl nur der Vorschulklassen fiel in diesem Zeitraum von 3030 auf 2868, also um 162, d. h. um 5 1/2 pCt., nur der anderen Klassen von 10 892 auf 10 152, also um 740, d. h. um 6 1/2 pCt. Der Unterschied ist nicht sehr bedeutend, aber doch groß genug, um aufzufallen. Bei wachsender Beliebtheit der Gemeindefschulen müßte erwartet werden, daß die Schülerzahl in den Vorschulklassen am stärksten zurückginge, da dann hier nicht nur diejenigen Schüler wegfielen, die überhaupt keine höhere Lehranstalt besuchen sollen, sondern auch die, welche zwar eine höhere Lehranstalt besuchen, aber die Elementarbildung in der Gemeindefschule erhalten sollen. Die stärkere Abnahme in den anderen Klassen ist vielleicht so zu erklären, daß von Jahr zu Jahr mehr Schüler ohne Erlangung des Zeugnisses der Klasse oder auch nur des Zeugnisses zum einjährig-freiwilligen Dienst schon in den mittleren Klassen die Schule verlassen, um zu einem geringeren Schulbildung erfordernden Beruf überzugehen. Das kann aus Unfähigkeit oder aus Geldmangel notwendig werden. Wenn aber die Zahl solcher Abschwendenden in den letzten Jahren zugenommen hat, so wird man die Zunahme nicht einer wachsenden Unfähigkeit, sondern einem wachsenden Geldmangel zuschreiben müssen. Wie kostspielig der Besuch einer höheren Lehranstalt ist, das merkt man erst in den mittleren und oberen Klassen. Da wird dann mancher Junge, weil die Kosten nicht länger zu erschwingen sind, herausgenommen und in die Werkstätte gesteckt oder hinter den Ladentisch gestellt, damit er schneller etwas verdient. So geht es besonders vielen kleinen Beamten und kleinen Handwerklern, die ihre Söhne „etwas Besseres“ werden lassen wollen, ohne daß ihre Mittel dazu ausreichen. Je mehr der Kleinbürger zum Proletariat hinabsinkt, desto mehr werden die höheren Schulen zu einer abschließlichen Domäne für die Söhne der Reichen. Der Arbeiter muß seine Kinder selbstverständlich von vornherein in die Gemeindefschule schicken.

Die Hercevischen Thaler werden nicht eingezogen. Wie der „Reichs-Anzeiger“ mittheilt, beruht diese durch die Presse gezeigte Noth auf einem Irrthum.

Der Vogel auf dem Ministerium für öffentliche Arbeiten. Ein Leser läßt uns folgende ausführliche Betrachtungen zugehen: Ich habe vor einiger Zeit mit Vergnügen Ihre Blätter über den Vogel auf dem neuen Gebäude des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten in der Leipzigerstraße gelesen. Seit jener Zeit nun ist die armstarke Eisenklinge, welche den Vogel hält, entfernt, die Flügelstangen dagegen bestehen noch und zur Erhöhung des Effekts hat man sie jetzt mit einem großen Saftuch verhängt. Man ist, wenn man die Fahne sieht, im Zweifel, ob man den Schwanz des Vogels hat verlängern wollen, oder aber, und das scheint mir das Wahrscheinlichere zu sein, ob man ein Schutzbüch hat schaffen wollen, um unter dem Schutze des Luchses jeweilig einen der Herren der Ministerial-Baudirektion zu verdecken, der den Vogel festzuhalten hat, damit er nicht forskliegt.

Warme Milch-Ziehballen wollen die Vegetarier in Berlin errichten, um den ihnen gefährlich erscheinenden Steh-Bierhallen ein Gegengewicht zu bieten.

Ein eigenartiger Kriminalfall wird uns durch eine Lokalkorrespondenz mitgetheilt. Wegen Kindesmord verhaftet, dieses Verbrechen geständig und dennoch als unschuldig entlassen ist die 24jährige Anna W. aus Berlin, welche dem Untersuchungsrichter des königlichen Landgerichtes II außerordentlich viel Arbeit verursacht hat. Das Mädchen lernte im Jahre 1891 den in Nixdorf von seiner Frau getrennt lebenden Knischer J. kennen und veranlaßte

denelben durch Vorspiegelung, daß sie demnächst eine Erbschaft von 12 000 M. zu erwarten habe, mit ihr ein intimes Liebesverhältnis anzuknüpfen. Das Paar lebte nun auf Kredit herrlich und in Freuden, bis es sich herausstellte, daß die zu erwartende Erbschaft nur in der Phantasie der W. existiert hatte. Z. warf Anfang vorigen Sommers die Geliebte aus seiner Wohnung heraus, wiewohl diese fortwährend behauptete, daß sie Mutterkinder zu erwarten habe; in der That wurde Anfang November 1898 auf einem Nixdorfer Begräbnisplatz die Leiche eines neugeborenen, gewaltsam getödteten Kindes gefunden und der Verdacht fiel auf die W., welche kurz vorher wieder in Nixdorf gesehen worden war. Die alsbald Verhaftete war in vollem Maße geständig, ärztlicherseits wurde jedoch festgestellt, daß die W. überhaupt noch keinem Kinde das Leben geschenkt habe. Die W. wurde nun auf freien Fuß gesetzt, die Nachforschungen nach der Mutter des toten Kindes jedoch führten immer wieder auf die Geliebte des Kutschers Z., welche nun aber spurlos verschwunden war. Erst auf Grund eines Steckbriefes wurde die W. in Berlin verhaftet und wiederum gab dieselbe an, daß sie die Kindesmörderin sei. Bei diesem Geständnis aber verwickelte sich das Mädchen in derartige Widersprüche, daß dasselbe zur Beobachtung seines geistigen Zustandes nach der neuen Charité überwiesen wurde und nun hat es sich herausgestellt, daß die W. wahrscheinlich aus Liebesgram den Verstand verloren hat. Sie ist jetzt aus der Haft entlassen und nach ihrem Heimatort Kottbus entlassen worden.

Das Berliner Theater hat jetzt ein Oberhaupt gefunden. Wie uns der Direktor des Lessing-Theaters, Herr Dr. Oskar Blumenthal, mittheilt, hat er den durch den tragischen Tod des Direktors Ruppisch verwaisten Musiktempel vom 1. September ab zunächst auf die Dauer eines Jahres gepachtet. Herr Blumenthal schreibt, daß er seine erste Aufgabe darin erblickt, soweit wie möglich die Verträge aufrecht zu erhalten, die der heimgegangene Felix Ruppisch mit seinen künstlerischen und technischen Mitarbeitern abgeschlossen hat. Vielleicht könnte dann die so schnelle Klärung der Situation dazu beitragen, einer Reihe von Künstlern wieder die Sorgen abzunehmen, die ihnen so jäb und plötzlich erwachsen sind.

Hoffentlich bleibt somit außer den Künstlern auch den sonstigen Angestellten des Theaters ihre bisherige Stellung erhalten.

Ein Soldaten-Selbstmord? Verschwunden ist seit mehreren Wochen der Mülletier Beschmann vom 20. (württembergischen) Infanterie-Regiment, der nach Nixdorf beurlaubt, noch nicht wieder nach seiner Garnison zurückgekehrt ist. Die behördlichen Nachforschungen nach dem Soldaten waren bisher vergeblich, dagegen wurde eine Uniform des B., sowie Seitengewehr am 25. Februar an der Böschung der Schlesiens Brücke gefunden, so daß es den Anschein hat, als habe der Mülletier seinem Leben durch Ertrinken ein Ende gemacht. Unterhüt wird diese Annahme noch durch den Umstand, daß B. bei seiner Entfernung aus der Wohnung seiner in der Prinz Handjersstraße wohnenden Braut einen Zettel hinterlassen hat, auf welchem er seiner Absicht, sich das Leben zu nehmen, kund giebt, dagegen das Motiv, das ihn zur That getrieben, verschweigt.

Der gewalttame Tod des Gärtners Kurz und des Prokuristen Teichhoff soll außer an dem Thäter Helbig allem Anscheine nach auch an den armen Gastwirthen in Groß-Vichtersfelde abgekräft werden. Während bisher die Polizeistunde eingetretene loyal gehandelt sein soll, wird jetzt, nachdem der bekannte traurige Verfall passiert ist, von allen Organen der Behörde mit Argwohn darüber gewacht, daß die Gastwirthschaften auch nicht eine Minute über die festgesetzte Frist geöffnet bleiben. Man scheint also in maßgebenden Kreisen allen Ernstes die Polizeistunde als ein Schutzmittel gegen Mord und Totschlag zu betrachten.

Der Skandal in Nowawes, den der Gendarm Preusse vor etwa 14 Tagen hervorgerufen hat, soll an diesem Manne, wie berichtet wird, durch dessen Vernehmung geklärt werden. Ob gegen den eigenartigen Beamten noch ein weiteres Verfahren schwebt, ist nicht bekannt; es wird nur gemeldet, daß von dem Verurtheilten der übrigen aus der empörten Menge heraus durch einen Steinwurf nicht unerheblich verletzt worden ist, der Thäter bestand der Trunkenheit abgeleugnet wird. Er will durch die That des Kellners Müller und durch eine andere Veranlassung „in einen Zustand hochgradiger Erregung gekommen sein“. Die Angelegenheit scheint nach dieser Behauptung also, wie wir gleich vernehmen, ähnlich der Affäre des Sperlings von Köln, so zu liegen, daß der Gendarm der unschuldige Theil ist. Der Skandal soll denn auch für einige Leute aus dem Publikum, das seiner Empörung Luft machte, ein gerichtliches Nachspiel haben.

Durch einen Einbruch um den größten Theil seiner Ersparnisse gekommen ist der Schlächtergehilfe Paul Spalder, der Langestr. 29 in Arbeit steht. Er bewohnte mit dem Sohne seines Meisters zusammen ein im zweiten Stock abgeändert belegenes Zimmer und fand, als er es am Sonnabend Abend betreten wollte, die Eingangstür geöffnet vor. Im Innern waren alle Bekalnisse durchwühlt und aus einem erbrochenen Reisefloffer schloß außer mehreren Kleinigkeiten die Summe von 850 M. der Dieb muß bei der Arbeit entweder mit großer Hast vorgegangen oder gestört worden sein; denn in demselben Koffer war noch ein hübsches Sämmchen unter Wäsche versteckt.

Böse gehakt hat ein Langsinger gestern Mittag in der Wohnung des Arbeiters, früheren Schuhmachers Engel, Mariendorferstraße 13. Als die Frau, welche ihrem Mann Essen gebracht, heimkehrte, fand sie die Wohnung erbrochen mit allen Spuren eines gewalttamen Einbruchs vor. Der Dieb hat, wie Hausbesitzer bemerkt haben, die gehohlenen Sachen in ein Tischschloß gebunden und ist leider unbeobachtet entkommen. Unter anderem hat er zwei Uhren, ein Sparkassenbuch, etwas Baargeld und diverse Kleider mitgehen lassen. Man hofft seiner habhaft zu werden, da sich ein Mann seit mehreren Tagen auf dem Grundstück in verdächtiger Weise herumtrieb, in welchem man den Thäter vermuthet.

Polizeibericht. Am 6. d. M. Morgens wurde eine Frau vor dem Hause Alte Jakobstraße 30 durch einen Mißwagen überfahren und am Unterschenkel erheblich verletzt. — In der Ecke der Kommandanten- und Krausenstraße geriet eine Frau unter die Räder eines Möbelwagens und erlitt eine so bedeutende Verletzung am Fuße, daß ihre Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — In seiner Wohnung, in der Panzstraße, wurde ein Mann erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause Alt-Moabit 80 wurde nachmittags ein Handwerker mit einer schweren Verletzung an der Brust aufgefunden und nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Er ist nach seiner Angabe durch einen Lastwagen überfahren worden. — Auf dem Velleallianceplatz wurde Abends ein Mann durch einen Postwagen überfahren und am Oberkörper erheblich verletzt. — Im Laufe des Tages fanden drei kleine Brände statt.

Theater.

Zentral-Theater. Alles begreifen, heißt alles verzeihen. Geschmacksverödung des Bürgerthums, Theaterkrachs an allen Ecken, daneben „Charley's Tante“ jeden Abend die Kassen füllend — kein Wunder, daß die Ueberreizung des Pöbelsbildungs den Blödsinn der Pöffe abthut. Die Novität des Zentral-Theaters: „Ein gesunder Junge“, Pöffe von Jean Ren, hat das festgebrachte. Alle bekannten Straßen- und Bierbank-Kalauer, eindringlich und mehrdeutig, alle alten Pöffenrequisiten werden servirt, aber trotzdem z. B. im Kinderbewahranstaltsdirektor Pöffe aus Rummelsburg, im Agent Schusterle, ganz wirksame Zerrbilder gegeben sind und obgleich die Mitwirkenden, vor allen Hr. Dora als böhmische Köchin, Herr Müller als Peiste und Herr Helmerding als Schusterle ihr Bestes

thaten, der „gesunde Junge“ wird seines Lebens kaum lange froh werden. Die plumpe und lästige Judengleichheit der Clique, die am Dienstag den wiederholten Hischprotest des Publikums heraufschob, wird daran nichts ändern.

Gewerbegericht.

Kammer III. Vorsitzender: Kessler Cuno. Sitzung vom 2. März.

808 M. Afford über schuß verlangt der Pucher B. namens einer Puchkolonne, deren Führer er war, von den als Stammgästen des Gewerbegerichts bekannten Gebrüthern Franz und Rudolf Reeh, Franz Reeh, wohnhaft in Charlottenburg, ist Inhaber eines Baugeschäfts, sein Bruder Rudolf ist bei ihm eine Art Bauführer. Letzterer hatte mit R. einen (schriftlichen) Affordvertrag abgeschlossen, nach dem jeden Sonnabend bis zur Fertigstellung des Affords zwei Drittel des von der Kolonne Verdienten ihm zur Vertheilung an dieselbe ausgezahlt werden sollte. Die Kolonnenmitglieder kamen mit dem bei dieser Art von Vorschusszahlung auf sie fallenden Theil „nicht aus“, weshalb der Kolonnenführer Reeh zu bewegen suchte, ihm pro Mann jeden Sonnabend 7 M. „Kostgeld“ zu zahlen. Nachdem er erst auf Schwierigkeiten gestoßen, drückte er die gewünschte Bezahlungsweise durch. Weil nun die Bezahlung des Puches nicht so erfolgte, wie es der Vertrag bestimmte, verweigerte Rudolf Reeh, erwiesenermaßen als Vertreter seines Bruders, die Auszahlung obiger Summe. Er behauptete, der Kontrakt sei dadurch aufgehoben und an Stelle der Affordarbeit sei Lohnarbeit getreten. Die Aussagen mehrerer Zeugen des Beklagten konnten den Gerichtshof nicht davon überzeugen, daß durch den nachträglich eingeführten Zahlungsmodus der schriftliche Vertrag gelöst sei, um so weniger, als derselbe noch vorhanden und im Besitze des Klägers war, bezw. bei den Akten lag. Das Urtheil lautete auf Zahlung der 808 M. — Vor die Verhandlung schon wegen der Gewaltdebatte interessant, mit der die Beklagten die Verurtheilung der 808 M. zu rechtfertigen versuchten, so war noch interessanter die Aussage des Volters Poloff. — „Ich habe“, so führte derselbe aus, „mit Rudolf Reeh ein Abkommen dahin getroffen, daß ich die Bauarbeiten auf dem Bau Schulstr. 11/12 (dem im Frage stehenden Bau) in der Weise übernehme, daß ich die Kente zur Krankenkasse und zur Unfallversicherung auf meinen Namen als Bau-Unternehmer anmelde und auch für die Altersversicherung derselben Sorge. Hierfür und für das Vorhalten eines Theils der Rüstung sollte ich 1 M. pro Quadratruhe Puchfläche und eine entsprechende geringe Summe für Innenputz erhalten. Mit der Annahme der Pucher und mit der Vereinbarung der Bedingungen mit denselben hatte ich nichts zu thun.“

Der Zeuge hatte also den Bauunternehmer zu singiren, lediglich zu dem Zweck, um den wirklichen Bauunternehmer, Franz Reeh, der übrigens gern seinen Bruder Rudolf für sich ins Feuer geben läßt, vor „gerichtlichen Unannehmlichkeiten“ zu bewahren. Jedenfalls ist diese neueste Ausgeburt eines Bauunternehmerthrus zurückzuführen auf die Praxis des Gewerbegerichts, Kolonnenführer nicht als „Arbeitgeber“ im Sinne des Gesetzes zu betrachten und sich stets an den „eigentlichen Arbeitgeber“ (ein Ausdruck, der aus der gewerbegerichtlichen Praxis herausgewachsen ist) zu halten. Viel Glück werden die „Stützen“ der heutigen Gesellschaft, welche so „Gesh und Recht“ zu umschiffen hoffen, damit nicht haben. Wünschenswerth wäre nur, daß ihnen die berufenen Hüter der staatlichen Ordnung scharf auf die Finger jagen.

Wir berichteten kürzlich darüber, daß die Abtheile zweiter Klasse der Stadtbahn häufig genug zum Lieben auszufahren wurden. Ein Fall dieser Art beschäftigte gestern das hiesige Schöffengericht. Auf der Strecke zwischen Bellevue und Westend sah eines Tages ein junges Pärchen in einem Wagen abtheil ganz allein. Sie zogen die Gardine vor, doch bemerkte der Zugführer zufällig, daß die beiden Fahrgäste, die sich so ängstlich vor der Außenwelt abschlossen, den Anstand auf's ärgste verletzten, und er veranlaßte die Feststellung ihrer Persönlichkeiten. Gestern wurden nun die Weiden zur Verantwortung gezogen, weil sie durch eine unzüchtige Handlung öffentlich Verrüthnis gegeben hätten. Die Verhandlung endete, was die Angeklagten wohl selbst kaum erwarten hatten, mit deren Freisprechung. Der Gerichtshof folgerte nämlich aus dem Umstand, daß der Zug bei Vornahme der unzüchtigen Handlung gerade eine nicht von Häusern umgebene Wahnstraße durchfuhr, außerdem auch der Vorhang herabgelassen war, daß der Begriff der „Öffentlichkeit“ nicht erfüllt sei. In Uebereinstimmung mit dem Antrage des Staatsanwalts wurde deshalb auf Freisprechung erkannt.

Eine ganz frivole Gefährdung eines Dampfstraßenbahn-Transportes führte heute den 18-jährigen Kutscher Max Lornow aus Berlin vor die erste Strafkammer am Landgericht II. Der Angestellte fuhr am 20. Oktober v. J. mit einem beladenen Brauerwagen durch Friedenau. In der Nähe einer Straßenbahnweiche, auf welcher soben zwei Tramways sich kreuzen wollten, fuhr der Angestellte mit einem an Tothheit grenzenden Wagenmuth in der Diagonale durch die Weiche, welche sich zwischen den beiden, sich in jeder Sekunde mehr nähernden Tramways befand. Beide Wagen lauteten mit allen Kräften, ein Zusammenstoß war aber nicht mehr zu verhindern. Es gab einen fürchterlichen Krach und auf der Straße lag ein schier unentwirrbarer Knäuel. Menschen sind glücklicherweise nicht verletzt worden; selbst die unter dem Wagen liegenden Pferde kamen mit einigen Schrammen davon. Zuerst war der Knäuel nicht eher zu entwirren, als bis die Pferde ausgesträngt und hinten angepannt waren und — während diese den Brauerwagen rückwärts zogen, der eine Tramway vollen Contredampf gab. Letzterer ist an der Vorderseite erheblich beschädigt worden und der Brauerwagen gleich überhaupt nur noch einem Brack. Derselbe mußte auf der Seite der Straße bleiben. Für den Unfall war lediglich der Angestellte verantwortlich zu machen. Der Gerichtshof hielt die Fahrlässigkeit desselben für eine so grobe und gemeingefährliche, so nahe an Vorfährlichkeit streifende, daß trotz der Jugend und bisherigen Unbescholtenheit des Angestellten auf einen Monat Gefängniß erkannt wurde.

Versammlungen.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den vierten Wahlkreis sprach am 6. März Genosse Paul Singer über die politische Situation. Redner ging zunächst auf den Mittelpunkt des derzeitigen politischen Interesses stehenden Handelsvertrag mit Rußland ein und hob hervor, daß der Grund für die Zustimmung, welchen dieser Vertrag bei den Sozialdemokraten findet, in der Verbilligung der durch die Schutzpolitik der Bismarckschen Ära vertheuerten Lebensmittel des Volkes liegt; außerdem sei es aber auch mit Freunden zu begründen, daß Rußland zum ersten Male seit seinem Bestehen einen Handelsvertrag abschließt und auf zehn Jahre auch der deutschen Regierung gegenüber die Pölle bindet. Als einen weiteren erfreulichen Erfolg des russischen Handelsvertrages bezeichnet Redner noch die Muth der Konservativen gegen die Regierung, eine Pölle, die dem Handelsvertrage gegenüber ohnmächtig, sich in der Verweigerung von neuen Kaffernbauten und in sonstigen Abstrichen an dem Mittelretal äußert; wir Sozialdemokraten könnten daher nur wünschen, daß alle Jahre solch ein Handelsvertrag an den Reichstag käme.

Aber die Regierung mache leider nur allzu große Anstrengungen, um die Konservativen zu befähigen, wie ihr Entgegenkommen im preussischen Landtage schon allein beweise. Dazu komme noch, daß nach der Erklärung des Kriegsministers die Regierung nicht daran denkt, das Militär-Strafverfahren so zu ändern, wie das deutsche Volk es verlangt. Diese Erklärung nahmen im Reichstage einzig die Konservativen mit Beifall auf, die ja allerdings ein Interesse daran haben, mittelalterliche Zustände aufrecht zu erhalten. Ein weiteres trauriges Zeichen der Situation sei das neue Zugeständnis an das Faustrecht, das in der Vertheidigung des Reichshofes Attentats liegt. Dasselbe werde derart mit der Rechtsordnung der Gegenwart in Widerspruch, daß es das Vorgehen der Anarchisten gegen die heutige Gesellschaft berechtigt erscheinen lassen müßte. Redner gebeknt schließlich des umfangreichen Steuerbouquets, welches in seiner Gesamtheit von der Sozialdemokratie abgelehnt werden wird — abgesehen von sehr vielen anderen Mächtigkeiten — schon allein, weil es Bedingung für die neue Stärkung des Militarismus schaffen soll und noch obendrein in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiterschaft und des Mittelstandes. Mit stürmischem Beifall beklundete die Versammlung ihre Zustimmung zu den Ausführungen, welche sie durch den auf unsere Gegner reichlich ausgegossenen Spott wiederholt zu allgemeiner Heiterkeit animirt hatten. In der Diskussion nahmen die Genossen Seiber, Stabernack, Dr. Heymann und Gadegast das Wort, um die gegenwärtigen politischen Zustände zu geißeln. Unter Vereinsangelegenheiten forderte Genosse Gadegast die Mitglieder auf, in Zukunft bei Flugblattvertheilungen sich noch reger als das letzte Mal zu beteiligen. Auf Vorschlag des Vorstandes ernannte die Versammlung vier Genossen zu Kontrollirenden.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis ehrte in seiner am 6. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung das Andenken an das verstorbene Vereinsmitglied Genossen G. Scherer durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hörte die Versammlung einen ausführlichen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Schulze-Königsberg über den russischen Handelsvertrag und die Stellung der Parteien im Reichstage zu demselben. Dem Vortragenden wurde reicher Beifall gezollt. Ohne Widerspruch wurde sodann der Antrag des Vorstandes genehmigt, auch in diesem Jahre die Geäber der Märzgefallenen mit einem Kranze zu schmücken. Die Kranzfrage bildete einen weiteren Besprechungsgegenstand und wurde den Genossen sehr am Herz gelegt, die fernwunden Kellner nach ihrer Mitgliedskarte der Kellnerorganisation zu fragen. Diefelbe ist vorläufig weiß, vom 1. April ab roth. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Listen zu den Gewerbegerichts-Wahlen demnächst wieder ausliegen werden und daß die rechtzeitige Einzeichnung in dieselben zu erfolgen habe. Im Fragekasten befand sich folgende Frage: „Ist ein Offizier a. D. (außer Dienst) Soldat?“ Als der Vorsitzende in die Erörterung dieser Frage eintrat, erklärte der überwachende Polizeilieutenant die Versammlung auf Grund der § 5 des Vereinsgesetzes für aufgelöst. Wegen dieser Maßnahme wird Beschwerde erhoben werden.

Die Kapsferschmiede hielten am 3. d. M. eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Faber in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das „Vereinsgesetz“ sprach. Als dann erstattete der Delegirte der Gewerkschafts-Kommission den Bericht über seine Thätigkeit. Zur Erhaltung des Bureau bewilligte die Versammlung 40 M. In betreff der Reiseer wurde beschlossen, gemeinschaftlich mit den verwandten Gewerben am Vormittag eine Versammlung abzuhalten, jedoch von einer strengen Durchführung der Arbeitstube abzusehen.

In einer öffentlichen Versammlung aller im Expeditionsgewerbe beschäftigten Arbeiter, die am 4. März tagte, referirte Genosse Grauer über die Thätigkeit der Gewerkschaft. Dem mit regem Interesse verfolgten Vortrag folgte ein Referat des Genossen Kasper, betreffend den Anschlag der Expeditionsarbeiter an den Verband der Geschäftsbienner, Pader u. s. w. In der Diskussion wurde von allen Seiten dem Referenten zugestimmt und lebhaft der Anschluß an die genannte Organisation empfohlen. Die Versammlung erklärte sodann in einer Resolution ihr Einverständnis mit dem Vorschlag und sprach sich ferner für eine Beschickung des nach Halle einberufenen Kongresses aus.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 4. d. M. zwei Wanderversammlungen ab, erstere tagte Swinemünderstraße 88, letztere Waldemarstr. 75. In dieser referirte Genosse Mattutat über die „Chartistenbewegung in England“. An der Diskussion beteiligte sich der Kollege Jänisch. In seinem Schlusswort forderte der Referent die Anwesenden auf, fleißig für die Gewerkschaften zu agitiren, jedoch niemals die Gewerkschaften von der politischen Bewegung zu trennen.

Die Schneider und Schneiderinnen Moabit hielten am 6. März bei Lange, Stromstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Frau Cubela über „Gewerkschafts-Organisation“ sprach. Beim dritten Punkt der Tagesordnung entspann sich eine lebhafteste Debatte in Sachen des Kieler Streiks. Die dortigen Kollegen führen in mehreren nach hier gerichteten Schreiben Klage, daß ein Theil der dringenden Arbeit in Berlin fertig gestellt wird. Die Kollegen Danzig, Jerwin, Gasse, Währ u. a. betonen die Nothwendigkeit eines energischen Handelns, damit den Streikbrechern das Handwerk baldigt gelegt wird. Es wurde beschlossen, an alle Kollegen die Aufforderung zu richten, falls ihnen derartige Arbeit (größtentheils Marinelieferung) zu Gesicht kommt, unersächlich der Agitationskommission Mittheilung davon zu machen. — Am 18. März findet im Lokale Weddingpark eine Versammlung mit nachfolgendem gemüthlichen Beisammensein statt; ebenso am 19. März in den Armin-Hallen die Versammlung des Kranken-Unterstützungsbundes, wozu die Moabiter Kollegen besonders eingeladen werden.

Eine öffentliche Versammlung der Bureauangestellten und verwandten Berufsgenossen tagte am 6. März bei Hensei, Invalidenstr. 10, in welcher Genosse Millarg einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Unternehmergewinn und Arbeitslohn“ hielt. Ein vom Geiste der heiligen Spar-Agnes durchglähter Bureauvorsteher nahm einen Anlauf, um dem Referenten Unrichtigkeiten nachzuweisen; als ihm dies trotz großer Mühe nicht glücken wollte, tröste er sich. Leider kam es im weiteren Verlaufe der Versammlung zu unerquicklichen Reibereien zwischen den beiden bestehenden Organisationen, dem „Verein der Bureauangestellten und verwandten Berufsgenossen“ und der „Freien Vereinigung der Bureauangestellten Berlins und Umgegend“. Nachdem eine Resolution, welche das Einverständnis mit dem Referenten betont und den Anschluß an eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation verlangt, einstimmig angenommen war, entseferte der Punkt: „In unserem Verufe gepflegte Hirsch-Dundersche Palliativmittel und die Vertretung unserer Interessen beim Unterstaatssekretär v. Rottenburg“ eine Debatte, welche bis in die Morgenstunden währte. Den Vertretern der „Freien Vereinigung“ wurde der Vorwurf gemacht, daß sie dem Herrn v. R. unrichtige Angaben über die Lage des Berufes gemacht hätten; die Einrichtung der Schreibstube in der Dragonerstraße schade nur der Gesamtheit, auch die Gründung einer eigenen Fachzeitung hielt man für zwecklos u. s. w. Die Angegriffenen replizirten dagegen, daß der „Verein“ es darauf abgesehen habe, ihre im Interesse der Kollegen geschaffenen Einrichtungen bei der Arbeiterschaft zu diskretiren, was schon aus der Fassung des Inserats im „Vorwärts“ hervorgehe, sie ständen ebenso streng auf dem Boden der Sozialdemokratie wie die anderen Angehörigen der Organisation. Die Genossen Raether und Millarg wandten sich mit scharfen Worten gegen derartige

Gerichts-Beilage.

Die gekrönten Reserve-Offiziere. Das Reichsgericht hob am 8. März auf die Revision des Staatsanwalts das vom Landgericht Berlin I gegen den Genossen Dr. Zabel am 7. Dezember v. J. gefällte Urteil auf. Die Anklage war wegen Verleumdung der Reserve-Offiziere der preussischen Armee erhoben worden. Das Urteil lautete seiner Zeit auf Einstellung des Verfahrens. — Die vom Staatsanwalt gegen dieses Urteil eingelegte Revision kam vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung. Behauptet wurde von derselben eine zu enge Auffassung der „Beziehung auf den Beruf“. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft erklärte die Revision für begründet und führte u. a. folgendes aus: Rechtsirrtümlich ist es, wenn das Landgericht meint, es sei vom Angeklagten nur der Militarismus, das System, angegriffen worden und die hieraus sich ergebende Rückwirkung auf die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Dieses System, sagt das Urteil, lasse nach der Ansicht des Angeklagten einen Teil der Reserve-Offiziere für ihr Zivilleben gewisse Eigenschaften annehmen, die zwar nicht zu billigen seien, aber mit dem Beruf nicht verknüpft zu sein brauchen. Durch das Wort „brauchen“ zeigt das Landgericht, daß es den Begriff „Beziehung auf den Beruf“ verkennt hat. Denn wenn diese Eigenschaften mit dem Beruf an und für sich nicht verknüpft zu sein brauchen, also für den Fall, daß ein anderes System herrscht, so kann man daraus auch die Gleichstellung herauslesen. Wie die Sachen jetzt liegen, sind die Eigenschaften mit dem Beruf verknüpft. Dies ist also eine verkehrte Beweisführung. Wenn das Urteil schließlich noch sagt, dem Angeklagten habe das Bewußtsein gefehlt, daß seine Äußerung in Beziehung zu dem Beruf stehe, so liegt hierin auch ein Rechtsirrtum, denn nach früheren Entscheidungen des Reichsgerichts ist für die Anwendung des § 196 dieses Bewußtsein gar nicht erforderlich. — Das Reichsgericht erachtete die Revision für begründet, erkannte auf Aufhebung des Urteils und verwies die Sache an das Landgericht II in Berlin. Die eigenartigen Urteilsgründe lauteten: Das Landgericht hat die Worte des § 196: „in Beziehung auf ihren Beruf“ rechtsirrtümlich aufgefaßt. Es geht davon aus, daß der Angriff gegen die Art gerichtet gewesen sei, wie die Reserve-Offiziere im bürgerlichen Leben ihre Stellung als Reserve-Offiziere geltend zu machen pflegen, erkennt also an, daß eine Beziehung der Verleumdung zu dem Beruf in Frage steht. Nach dem Gesetz kommt es aber nicht darauf an, welcher Art die Beziehung ist. Der § 196 ist anzuwenden (d. h. die Vorgefakte kann Strafantrag stellen), sobald überhaupt eine Beziehung gegeben ist. Außerdem sind noch andere Rechtsirrtümer in dem Urteile enthalten, denn das Landgericht meint, es müsse sich um eine Berufstätigkeit handeln, wenn die Verleumdung als in Beziehung auf den Beruf stehend erachtet werden soll. Das ist nicht zutreffend. Endlich nimmt das Landgericht noch rechtsirrtümlicher Weise an, daß der Verleumdiger sich der Beziehung seiner Äußerung auf den Beruf des Verleumdten bewusst sein müsse. Es erscheint angemessen, die Sache an ein anderes Gericht zu verweisen.

Wir sind gespannt, ob ein anderes Gericht sich diese selbst in der deutschen Rechtsprechung seltsamen Rechtsgrundsätze eigen machen wird.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Einolkenleger und Teppichnäher! Die letzte Versammlung unseres Vereins beschloß, die Sperre über der Firma Quantmeyer u. C. wieder aufrecht zu erhalten. Wir fordern deshalb unsere Kollegen auf, diesem Beschlusse gemäß zu handeln, gleichgültig das Ersuchen an unsere Berufsgenossen richtend, sich dem Vereine anzuschließen. Alle Mitteilungen in Gewerkschafts-Angelegenheiten sind zu richten an O. Oberschmidt, Rollendorferstr. 25.

Der Vorstand.

Chirurgische Branche. Nach nochmaliger Rücksprache mit der Firma C. Schmidt, Ziegelstr. 3, ist die Angelegenheit nach dem einseitigen Bericht, erledigt und die Sperre hiermit aufgehoben.

Achtung, Töpfer! Die Aktiengesellschaft O. Tittel hat so endlich herbeigelassen, ihren Leuten, welche theilweise bis über 20 Jahre bei ihnen in Beschäftigung standen, eine geeignete Anerkennung in Form eines sanften Fuhrtitts zu gewähren. Der nachbleibenden Aktionäre kamten in der letzten Zeit, trotz angestrengter Arbeit, nicht so viel herauszuschlagen, wie es ihren Wünschen entsprach. Was ist da wohl selbstverständlicher, als daß der im Ueberflusse schwelgende Arbeiter den noch leidenden Aktionären den Bruchteil von lumpigen 10 pCt. der mühseligen Verdienste opferte. Dieser menschenfreundlichen Zuneigung folgte die liebenswürdige Aufforderung, daß derjenige, welcher nicht gewillt ist, dem so gerechtfertigten Wunsch der Herrn nachzukommen, sofort gehen könne! Kollegen! Es ist dies wieder ein schlagender Beweis der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Möge allen dies Exempel ein Sporn sein sich endlich aus dem Individualismus und der Harmoniefeile herauszureißen; denn wenn wir Kollegen geschlossen zusammen stehen, kann keine Aktiengesellschaft derartige Zuneigungen stellen.

Zur Ehre der Tittel'schen Kollegen muß gesagt werden, daß sie gegen die 10prozentige Reduktion des Tarifs ganz energischer Protest erhoben. Bei einer Anzahl von 82 Kollegen haben leider: 6 ihr Wort gebrochen, indem sie trotz ihrer Namensunterschrift weiterarbeiteten; es sind dies Julei, H. Schrader, Friedr. Schulte, Lauwasser, Wischendorf, Ferd. Kleiß, Z. Jahn und Dorow.

Auch sie werden einst den verdienten Fuhrtitt vom Unternehmer erhalten und später einsehen, wach ein Vergehen sie an der Allgemeinheit begangen haben.

Wie uns ferner mitgeteilt wird, hat sich die Firma nach Magdeburg um Offener bemüht. Mögen die Magdeburger Kollegen dieser Intimation eine gebührende Antwort zu theil werden lassen.

Zum Schluss richten wir den Appell an die Kollegen, den Zug streng fern zu halten.

J. A. D. Daudert.

Achtung! Schneider! Nächsten Freitag, den 9. März, findet bei Freygang, Schützenstraßen 18/19, Abends 9 Uhr, noch eine Geschäfts-Delegierten-Sitzung statt. Die in der letzten Sitzung bekannt gegebenen Aufforderungen sind an die Geschäfte gelangt, wir können und daher Freitag Abends bereits mit dem eingegangenen Material beschäftigt. Kollegen, erscheint so zahlreich wie möglich, es gilt genau festzustellen, welche Geschäfte für uns in Betracht kommen. Wir müssen hier korrekt verfahren, da eine Anzahl von Geschäften behauptet, den Tarif ungenügend, während das von den Kollegen bestritten wird. Zahlreiches Erscheinen ist daher unbedingt erforderlich.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß sich die Kieler Kollegen in einer Lohnbewegung befinden. Die dortigen Prinzipale senden nun die Arbeit hierher

nach Berlin, wo sie namentlich bei der Firma R. H. Köhl, Kronenstraße 25, ferner bei Berger und Collani und im Deutschen Offizierverein angefertigt wird. Die Kieler Kollegen haben sich schon verschiedenes Mal an uns gewandt, wir haben auch bereits die Adressen mehrerer Arbeiter erfahren, die Kieler Arbeit machen, und richten nunmehr die bringende Aufforderung an die Kollegen, namentlich der Militärbranche, Kieler Arbeit stets zurückzuweisen, damit den dortigen Kollegen der Kampf nicht unnützlich gemacht wird. Diese Angelegenheit wird uns auch noch in den nächsten Versammlungen beschäftigen.

Anßerdem machen wir auch noch bekannt, daß der Zug nach Hendsburg, Hamburg, Altona, Wandsbek, Kiel, Stuttgart, Mainz und Geringswalde fernzuhalten ist.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Achtung! Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. (Zentrale Berlin.) In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ vom 4. März d. J. erklärt der Lokalkomitee der Töpfer Berlins, im Auftrage Daudert folgenden Aufruf, die Fensterfrage als beendet zu erklären auf Grund der überaus günstigen Witterung und der großen Arbeitslosigkeit, welche in diesem Winter in großem Maße stattgefunden hat.

Infolge dessen sehen wir uns veranlaßt, damit die Kollegen unserer Richtung, die auf dem Boden des Kongress-Beschlusses stehen, nicht allein das Pflaster treten, auch unersetzlich die Fensterfrage als aufgehoben zu erklären.

Obiger Verein wird in der nächsten Versammlung zu dieser Sache Stellung nehmen.

Der Vorstand.

An die Bureau-Angestellten. Die unterzeichnete, in öffentlicher Versammlung der Berliner Bureau-Angestellten gewählte Agitationskommission bittet die Kollegen, unwürdige Arbeitsverhältnisse, schlechte Löhne, lange Arbeitszeit u. in Einzelfällen an den Unterzeichneten mitzutheilen. Gleichzeitig wird ersucht, den von anderer Seite ausgehenden Bestrebungen, einen Keil in unsere ohnedies nur zu schwachen Reihen zu treiben, einmüthig und energisch entgegenzutreten.

Die Agitationskommission.

J. A. G. Schulz, Urbanstr. 35, 3 Treppen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Zentrale). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß vom Sonnabend, 10. März, an folgende Zahlstellen für Schöneberg und Westen Berlins errichtet sind: Pomeranke, Bahnsr. 23 und Werner, Wilmsstr. 59; dort können auch die Metallarbeiter-Zeitungen abgehoben werden. Beitragszahlungen u. s. w. werden dort jeden Sonnabend entgegen genommen.

Die Ortsverwaltung.

Parteiangelegenheiten von Friedrichsberg! Am Montag, den 12. März, von 10 bis 1 Uhr, finden die Kommunalwahlen für die dritte Wählerklasse statt. Der Kandidat der Arbeiter ist der Töpfermeister Gustav Wagnard, Hummelburgerstr. 64. Arbeiter! Thut Eure Pflicht, um unserm Genossen zum Siege zu verhelfen!

Ferner ersuchen wir die Genossen, sich Sonntag, den 11. März, bei Viktor Schulze, Friedrichsberg, Morgens 7 1/2 Uhr, zur Verbreitung eines Flugblattes einzufinden.

Die Vertrauensperson.

Zur Einsicht gelangt ist das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat; es hat anerkannt, daß Ueberschichten zur Erhöhung der Förderung im Interesse des gesammten Bergbaues zu vermeiden seien. — Wie gnädig! Vergessen darf dabei nur nicht werden, daß das Syndikat soeben beschlossen hat, die Förderung einzuschränken, um die Preise in die Höhe zu treiben.

Infolge der Geschäftshöhung in der Handschuhbranche hat in der Thomash'schen Fabrik in Dagnau wiederum ein Theil der Handschuhmacher die Arbeit einstellen müssen. Nächstens wird die ganze Fabrik zum Stillstand gebracht werden, wodurch gegen 120 Handschuhmacher brotlos werden. Die Zahl der Näherinnen, die dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, dürfte das Doppelte betragen.

Bergarbeiterbewegung. In der am letzten Sonntag in Dortmund tagenden Bergarbeiter-Versammlung stellte Bergmann Siebeck den Antrag, der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes möge in kürzester Frist ein in Masse im Ruhrrevier zu verbreitendes Flugblatt herausgeben, in dem die Organisation der Kohlenbarone, das Kohlen-Syndikat, als der Arbeiterorganisation feindliche Verbindung der Unternehmertums eine eingehende Charakteristik erfahre. Der durchaus zeitgemäße und notwendige Vorschlag fand einstimmige Annahme.

Die Tabakarbeiter-Genossenschaft zu Hamburg veröffentlicht soeben ihren Geschäftsbericht pro 1893. Derselben entnehmen wir, daß die Aktien und Passiven der Genossenschaft 171 857,15 M. betragen. Die Zahl der am Unternehmen beteiligten Mitglieder betrug am Schlusse vorigen Jahres 1218. An Arbeitslohn wurde gezahlt: 121 408,16 M. Die Sortirer waren pro Tag mit 4,47 M. bezahlt; die Zigarrenarbeiter der Hamburger Fabrik verdienten durchschnittlich 3,16 M. pro Tag, während die der Filiale Eschwege 2,28 M. erhielten. Sind diese Löhne auch nicht allzu hoch, so müssen sie doch geradezu glänzende genannt werden gegenüber dem jämmerlichen Verdienst, den die Tabakarbeiter gewöhnlich erreichen. Die Genossenschaft zahlte an das Reich im verfloßenen Jahre an Zoll 40 respektable Summe von 37 000 M.

Die Modellschüler der „Maschinenbau-Gesellschaft München“ haben am Montag die Arbeit eingestellt. Ursache: Lohnunterschiede. Vor Zugung wird gewarnt.

Ein Arbeitersekretariat der Bäcker ist in Wien errichtet worden. Dieses Sekretariat hat die Aufgabe, mit den Fachorganisationen der ganzen Welt Verbindungen anzuknüpfen und zu pflegen. Zuschriften an dasselbe sind zu richten an: Josef Zebola, Wien XIV./1. Bäckerzeitung.

31 Handelskammern und 14 wirtschaftliche Vereinigungen des Rheinlands und der Provinz Westfalen hielten am 8. März in Köln eine große Versammlung ab, die sich zu einer Kundgebung für den russischen Handelsvertrag gehalten. Zum Schluss wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin an den Reichstag die dringende Bitte gerichtet wird, in Hinblick auf den neuauftretenden wirtschaftlichen Verkehr mit Russland und weil man eine Ablehnung nicht nur als schwere Schädigung des Handels und der gesammten gewerblichen Thätigkeit, sondern auch als verhängnisvollen politischen Fehler bezeichnen müsse, den russischen Vertrag einmüthig anzunehmen.

Seit mehreren Jahren arbeitslos. Nicht mehr nach Wochen und Monaten, nach Jahren können heute Arbeiter ihre Arbeitslosigkeit berechnen. In Dortmund stürzte am vergangenen Sonntag ein 63jähriger Arbeiter bewußtlos zusammen. Mittels Transportwagens ins Hospital überführt, erlangte er erst am Montag seine Besinnung wieder und gab an, daß seit längeren Jahren keine feste Arbeit und Wohnung mehr

gehabt, sich vielmehr umhergetrieben und auf den Herbergen übernachtet habe. Bei der ärztlichen Untersuchung ergab sich, daß der Mann ein schweres Brustleiden hat und ihm beide Beine erfroren sind, so daß an seinem Wiederaufkommen gezweifelt wird. — Eine hübsche Illustration zu der gerühmten „Ordnung“!

Wohltätigkeit und Pfarrer. Zu den hauptsächlichsten Verfechtern der „christlichen Wohltätigkeit“ gehören bekanntlich die Pfaffen aller Konfessionen. Ihre Ausgabe ist es mit, den Armen die Gnadenbrocken und Bettelstuppen, die ihnen von den Besitzenden verabreicht werden, im hellsten Glanze christlicher Liebe erscheinen zu lassen. In seiner Schrift: „Die Grenzen der Wohltätigkeit in sittlicher und sozialer Hinsicht“, giebt nun ein schweizerischer Pfarrer, Herr Kampli, selbst zu, daß die Wohltätigkeit sich ohnmächtig erweist, der fortschreitenden Differenzierung zwischen Reich und Arm Einhalt zu thun. — Das ist die Befähigung dessen — was wir allerdings längst wußten — daß in heutigen Klassenstaat, der auf der Ausbeutung der einen Klasse durch die andere beruht, die Gegensätze nicht ausgeglichen werden können.

Die Vodelschwing'schen Anstalten in Bielefeld werden durch die Arbeiterchaft immer mehr des unerdienten Nimbus' entkleidet, mit dem solch „humanitäre Unternehmungen“ sich so gern umgeben. Eine Volksversammlung in Wald die sich mit der Behandlung der Waisenkinder in der Anstalt von Vodelschwing beschäftigt, kam, trotzdem die Anstaltsdirektoren Siebold und Cuno und die Bürgermeister von Wald und Ohligz die Ehre der Anstalt zu retten bemüht waren, doch zu der Anschauung, daß keine Kinder mehr nach dort verschickt werden dürften. Die Wünsche der Versammlung wurden in folgender Resolution niedergelegt: „Die heutige Versammlung spricht sich gegen die Verschickung armer Kinder nach den Vodelschwing'schen Anstalten aus, denn aus den Reihen der Herren Pastoren resp. des Bürgermeisters hat die Versammlung die Ueberzeugung nicht gewinnen können, daß den Kindern des Proletariats dort eine dem Sinne der Versammlung entsprechende Pflege zukommt, und stellt an die Armenverwaltung die Forderung, in Zukunft verwaiste Kinder in hiesiger Gemeinde, wenn auch mit größeren Kosten, unterzubringen.“

Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit illustriert sich in folgender Annonce im „Central-Anzeiger der Leder-Industrie Deutschlands“ (Nr. 8): Ein praktisch erfahrener energischer Werksführer, der schon in Strafanstalten thätig war und die Fingerring-, sowie Pantoffel- und Handschuh-Fabrikation genau kennt, findet bei hohem Lohn dauernde Stellung. Brieger Schuhwaren-Fabrik J. Schufftan, Brieg, Bez. Breslau. — Wir enthalten uns jeder Kritik, denn eine solche würde Vorstehendes nur abschwächen.

Fünf neue Gerichtsvollzieher sind in Breslau angestellt worden, weil die vorhandenen 25 die Arbeit nicht bewältigen können; aber trotzdem — kein Nothstand!

Die Zunahme der Verbrechen und Vergehen aller Art ist ein untrügliches Zeichen für die Nothlage des Volkes. Eine ebenso traurige, als lehrreiche Statistik ist deswegen die über Verbrechen. Von Jahr zu Jahr nehmen diese in allen Staaten zu, trotzdem, oder besser weil man sie „Kulturstaaten“ schimpft. Hier aber einige bemerkenswerthe Zahlen aus einer einzigen Stadt: In Dortmund wurden im Jahre 1893 verhaftet wegen der verschiedensten Ursachen 3142 Personen gegen 2194 im Jahre 1891/92 und 1714 im Jahre vorher. In drei Jahren also nahezu verdoppelt — das spricht deutlich.

Beim Gewerbe-Schiedsgericht in Frankfurt a. M. betrafen im vergangenen Jahre von 1400 gegen Arbeitgeber anhängig gemachten Klagen 1000 allein Lohnentziehung wegen kündigungsfreier Entlassung. Gewiß ein Beweis für die unbedingte Nothwendigkeit von Gewerbe-Schiedsgerichten.

Die Steuer-„Reform“ durch Einführung von immer mehr neuen indirekten Steuern erfreut sich einer immer größeren Verbreitung. Dem Staate folgen die Kommunen. Nun soll auch Leipzig bald eine indirekte Besteuerung des Bieres erhalten. Eine Steuer, die in hervorragender Weise die große Masse des Volkes bedrückt. Einheimische Biere sollen mit 50 Pf. pro Hektoliter, auswärtige mit 65 Pf. Steuer belegt werden.

Dem schwachen Kirchenbesuch abzuhelfen, hatte der Kirchenvorstand zu Riesa beschlossen, den Beginn der Nachmittagskirche von 6 auf 8 Uhr zu verlegen. Der Stadtrath hat dies abgelehnt; die Bestimmungen über die Sonntagsruhe würden dadurch einer nochmaligen Aenderung unterworfen. Diese Ablehnung ist ganz vernünftig; geholfen hätte es den protestantischen Heißspornen doch nichts, der Einfluss der Kirche ist eben im Schwund begriffen und durch nichts mehr aufzuhalten.

Die Gefängnisse reichen nicht mehr aus, alle die unglücklichen Opfer der heutigen Wirtschaftsordnung aufzunehmen. Von Essen aus wurde dieser Tage ein größerer Trupp Gefangener nach Limburg a. d. Lahn transportiert, weil das Essener und die in der Nachbarschaft belegenen Gefängnisse überfüllt sind.

Die Gesandtschaft des Kantons Zürich, betreffend das Verbot der Fabrikarbeit an Festtagen, wurde mit 45769 gegen 5507 Stimmen angenommen.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund. Auf dem am 25. und 26. März in Bern stattfindenden Kongress kommen unter anderem folgende Anträge zur Verhandlung: Errichtung eines ständigen Sekretariats; Streiks sollen in Zukunft von der Reserveklasse nur dann unterstützt werden, wenn Abschaffung der Akkordarbeit oder Verkürzung der Arbeitszeit das Streitobjekt bilden; der Gewerkschaftsbund soll verpflichtet sein, jeder Sektion die „Arbeiterstimme“ gratis zu liefern. Diese soll in vergrößertem Format erscheinen und die Redaktion soll angehalten werden, mehr Gewerkschaftliches zu bringen. Weiter soll die Gründung von Industrieverbänden vorgenommen, Zentralherberge und Arbeitsnachweis-Bureaus seitens des Bundes errichtet werden.

Ein Sozialistischer Bund der Bucharbeiter hat sich in Mailand gegründet, in welchem sämtliche sozialistisch gesinnten Arbeiter des graphischen Gewerbes Aufnahme finden.

Versammlungen.

Zu gunsten der Arbeiter-Verschulung fanden am 5. März zwei große Volksversammlungen statt. In dem Germania-Saal, Chausseest. 103, sprach Reichstags-Abgeordneter Wilhelm Liebknecht über das Thema: „Die Geschichte als Erziehlerin.“ Die Versammlung war schlecht besucht, weil sie die Woche vorher abgefast und in letzter Minute erst wieder angefast worden war — ein Anarchismus, den der Vortragende befeuerte, mit der Bitte an die Anwesenden, doch ihr Möglichstes zu thun, damit endlich einmal das Berliner Versammlungsleben einheitlich geregelt werde. Der Redner ging zunächst kurz auf seine Ausführungen in einer früheren Versammlung mit nam-

Nicht Tagesordnung ein. Er habe damals gesagt, daß die Dinge in Wirklichkeit ganz anders liegen, als wie sie die in unseren Schulen verpönte Geschichte uns lehrt. Die ganze geschichtliche Entwicklung sei Kollektivarbeit der Völker, niemals trete der Einzelne bestimmend auf. Die Menschheit wäre ohne alle die „großen Männer“ ebenso weit wie heute; alles von großen Männern Erzählte sei Mythe, die vor der Kritik in Nichts zerfalle. Gehen wir die Geschichte anmerkend durch, so finden wir, daß fast alles aufgebaut, alles blauer Dunst ist, unbewußte oder bewußte Fälschung. Als Beispiel für letzteres nannte der Vortragende die Pariser Kommune. Dieser Sozialdemokrat glaube jeder, Wordbuben hätten in den Monaten 1870 Paris mittels Petroleum in Brand gesteckt. Schwer ist es gewesen, die Wahrheit herzustellen. In diesem Fall wird sie abfichtlich gefälscht; hier ist die Entstellung Absicht und Methode, ebenso wie in der Reptiliengeschichte der Aera Bismarck. Häufig wird die Geschichte von Feinden geschrieben, welche mit allem Fleiß ganze Schichten von Unrath auf die Thatsachen decken, weil es ihnen in den Kram paßt. Die ganze Geschichte ist eine konventionelle Lüge, zufälligen Dingen wird häufig großer Werth beigelegt. So sagte beispielsweise schon der französische Pascal: Die ganze Welt hänge vom Zufall ab und behauptete, durch eine andere Form der Nase Kleopatra's hätte unter Umständen die Weltgeschichte eine ganz andere Gestaltung annehmen können. Der römische Triumvir Antonius hätte sich dann vielleicht nicht durch ihre Reize verführen lassen und die Schlacht bei Aktium einen anderen Verlauf genommen. Das ist Thorheit, die Ereignisse, der Zerfall des römischen Reiches würden sich, wenn auch Antonius der Kleopatra, als sie ihn verließ, nicht gefolgt wäre und dann die Schlacht vielleicht gewonnen statt verloren hätte, dennoch in derselben Weise vollzogen haben. Auf der Basis der Sklaverei konnte die alte Welt nicht mehr bestehen. Die Staatsform ist abhängig von den ökonomischen Verhältnissen, sie ist deren Produkt und ändert sich mit ihnen. Er komme jetzt zur Geschichtsschreibung. Die heutige Geschichte ist ein fortlaufendes Aufzählen von Schlachttagen und den Togen der Regierungsantritte der sogenannten Herrscher. Die Schlachtstage seien aber doch nur Folgeerscheinungen, die für die Nachwelt gar keinen Werth haben. Der wirkliche Geschichtsschreiber erforscht in erster Linie die Art und Weise, wie die Menschen in der oder jener Zeit gelebt haben. Der jeweilige Kulturzustand eines Volkes wirkt bestimmend auf die Ereignisse; ohne die Schmiedekunst zu kennen, konnten die Teutonen und die andern alten deutschen Stämme nicht mit den Römern den Kampf aufnehmen. Auf den Gang der Weltgeschichte haben die Wachenschaften von Personen keinen wesentlichen Einfluß ausgeübt. Nach der hergebrachten Geschichtsschreibung sollen die Vorgänge während der französischen Revolution die Thaten einzelner Personen sein. Das trifft nicht zu. Alle diese Ereignisse sind aus den Verhältnissen hervorgegangen, die revolutionären Thaten wurden durch die Noth des gesammten Volkes hervorgerufen. Wäre seitens der Regierenden rechtzeitig für Brot, für Arbeit gesorgt worden, dann hätten die Ausbrüche der Revolution nicht den blutigen Charakter angenommen, als es leider geschehen ist. Redner kam nunmehr zur Erklärung unserer materialistischen Geschichtsauffassung. Die ökonomischen Verhältnisse bedingen die politischen, doch beide sind abhängig vom Klima, von der Bodengestaltung, von natürlichen Verkehrswegen (Wäldern, Flüsse u. s. w.). Die materialistische Geschichtsschreibung ist noch in ihrem Anfangsstadium, das heißt, was die Verwirklichung betrifft — es giebt nur Versuche für einzelne Geschichtsabschnitte. Geschichte kann nur geschrieben werden mit Kenntniß der Gesetze, die die Entwicklung leiten. Die Entwicklung des Menschen ist das Produkt vieler Faktoren, ähnlich wie der Stand des Wetters. (Zu eingehendem Studium empfahl der Referent das Buch von S u d l e r: „Die Geschichte der Zivilisation“, vorläufig das beste, welches in diesem Fach existirt.) Vor der geschriebenen Geschichte liegt eine vieltausendjährige Geschichte der Entwicklung der Menschheit aus der Thierheit zur Barbarei, der Schwelle der jetzigen Geschichtsschreibung. Aus jener Zeit kennt man keine großen Männer, keine Helden und dennoch gab es Fortschritt. Durch die Arbeit und durch das Zusammenwirken aller ist die Menschheit durch vieltausendjährige Entwicklung zur jetzigen Höhe gelangt. Abgegrenzte, individuelle Arbeit eines Einzelnen giebt es nicht, Alles ist Kollektivarbeit, so lehrt es die Weltgeschichte. Doch das gefällt den Machthabern nicht und deshalb wird die Geschichte planmäßig gefälscht. Darum sei es notwendig, daß die Weltgeschichte gelehrt wird, wie sie selbst es lehrt, nämlich als notwendiges Produkt der Thatsachen und der menschlichen Arbeit. Diese Aufgabe habe sich die Arbeiter-Bildungsschule gestellt und werde ihr gewissenhaft obliegen, aller Anfeindung der Bourgeoisie zum Trotz. Er wolle hier gleich Gelegenheit nehmen, einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ zu kritisieren, der sich mit dem kürzlich von einem Zoologen, dem Professor Ernst Ziegler herausgegebenen Buche befaßt und welcher Behauptungen enthalte, die er durchaus nicht un widersprochen lassen möchte. In dem betreffenden Buche „die Naturwissenschaft und die sozialdemokratische Theorie“ wird, wie die „Kölnische Zeitung“ schreibt, die Halbheit der angeblich naturwissenschaftlichen Unterlagen der sozialdemokratischen Weltanschauung nachgewiesen und festgestellt, daß ein größerer Gegensatz kaum denkbar ist, als wie sich der Darwinismus in seinen berufensten Vertretern zur Sozialdemokratie darstellt. Der Zwiespalt begänne schon bei der Methode der Forschung. Die Naturwissenschaft gehe von der Erfahrung und Beobachtung aus und suche aus dem that sächlichen Material allgemeine Sätze, Regeln, Gesetze abzuleiten und giebt sie wieder preis, wenn sie in Widerspruch zum Augenschein treten. Die Sozialdemokratie verfähre g r a d e z u u m g e k e h r t; sie stelle gebieterisch allgemeine Sätze auf und suche die Wirklichkeit der Dinge in diesen Zwangsrahmen schlecht und recht hineinzupressen. So behauptete auch die Sozialdemokratie frank und frei, alle Menschen seien von Natur gleich, nur die Verhältnisse, die Erziehung, die Bildung entwickle die Verschiedenheiten der Intelligenz, des Charakters, des Gemüths. Man bräuche aber gar kein Naturforscher zu sein und nur unbefangenen sich zu sehen, um zu entdecken, daß die Menschen von Natur ungleich sind. Wer jemals in der Kinderstufe seine psychologischen Beobachtungen angestellt habe, der wisse, daß selbst in den Kindern desselben Elternpaares die Anlagen und Neigungen verschieden sind. Die Naturwissenschaft erweitere unseren Gesichtskreis und lehre uns, daß schon in der kleinen Menschendliche unterscheidende instinktive Triebe mächtig walten, die in eine vorgefertigte Vergangenheit hinaufreichen. Die ganze Abneigung hinterlasse in dem jungen Menschen ihre Spuren, Lebensgang, Erziehung, Bildung z. können diese angeborene Natur mildern, zurückdrängen, entwickeln, aber niemals ganz entfernen. Ferner wird in dem Artikel gesagt, recht aufdringlich trete diese sozialdemokratische Gleichgültigkeit gegenüber dem Thatbestand der Behauptung hervor, Mann und Frau seien ursprünglich in ihrer Anlagenanlage ganz gleich. Die sozialdemokratische Theorie behauptet, die verschiedenartige Entwicklung des männlichen und weiblichen Geschlechts erkläre sich lediglich daraus, daß die Frau seit Jahrtausenden von dem Manne planmäßig unterdrückt und in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten gehemmt worden sei. Die so entstandenen Unterschiede in Körperkraft und Größe, in Denken und Fühlen, hätten sich dann vererbt. Der Darwinismus erklärt diese verschiedenartige Entwicklung der beiden Geschlechter vielmehr daraus, daß die Natur dem Weibe andere physiologische und soziale Aufgaben gestellt hat, als dem Manne. Der Artikel, der sich des weitern mit dem Erbschaftsbesitz, schließt mit der Behauptung, daß durch diese Thatsachen erhärtet sei, die Sozialdemokratie finde in der Naturwissenschaft und im Darwinismus keine Stütze. Darwin und die Darwinisten, die in der Konkurrenz, im Kampf um's Dasein ein veredelndes Ausleseprinzip sehen, ständen einem

System durchaus fern, welches aus dem menschlichen Getriebe gerade den Wettbewerb und alle seine Wirkungen ausmerzen will. Das Ideal der sozialdemokratischen Arbeiterklasse habe mit der Naturwissenschaft nichts gemein. — Die L i e b l i n e c h t weist an der Hand vieler Beispiele nach, daß der Herr Professor vom Sozialismus auch nicht das ABC verstehe. Er kämpfe gegen Windmühlen oder richtiger gegen Dummheiten, die er selber erfunden. Wissenschaftlich ist die Sozialdemokratie nie von allgemeinen Sätzen, sondern stets nur von Thatsachen ausgegangen. Niemand ist die Körperliche und geistige Gleichheit aller Individuen, oder gar beider Geschlechter von der Sozialdemokratie behauptet worden. Der Herr Professor verwechselt die Gleichheit im Sinne der Gleichberechtigung mit dem Unsinn, den er sich selber zurechtgemacht. So wenig wie zwei ganz gleiche Blätter, giebt es zwei ganz gleiche Menschen. Und das ist ein Glück. Aber unter günstigen Lebens- und Erziehungsbedingungen lassen sich die Anlagen systematisch ausbilden und die Leistungsfähigkeit erhöhen. Aus dem einzelnen Kind läßt sich nicht alles machen, aber jedes Kind kann eine bessere Ausbildung erhalten, als es heute der Fall ist. Mit höherer Kulturentwicklung wachsen die Fähigkeiten der Menschen. Das Hirn der Kulturvölker ist mehr entwickelt, als das der „Wilden.“ Bei systematischer Kultur lassen die Fähigkeiten sich gleichmäßig steigern. Der Kulturgang wird aber durch den Kampf um das Dasein gestört. Der Stärkere verhindert die Ausbildung des Schwächeren. Der Sklave konnte sich nicht so ausbilden wie sein Herr. Und das Proletariat hat nicht dieselbe Bildungsgelegenheit wie die Bourgeoisie. Der Kampf ums Dasein in seiner rohesten thierischen Form mußte bei wachsender Denkfähigkeit unerträglich werden. Allmähig kam ein Vertragsverhältnis heraus, das den Krieg aller gegen alle dahin einschränkte, daß Familien, Geschlechter, Gruppen u. s. w. sich zusammenschalteten. Das war ein Fortschritt — ein Triumph über das, was unser Professor Darwinismus nennt. Der Staat, dessen Bedeutung der Herr nicht begriffen, ist die direkte Negation dieses „Darwinismus“, der die Thierheit, die wildeste Barbarei ist, im schroffsten Widerspruch mit der Kultur. Die heutige Gesellschaft steht mit ihrer freien Konkurrenz, ihren Interessen und Klassenkämpfen noch in dem Darwinismus, dessen letzte Konsequenz in der menschlichen Gesellschaft der A n a r c h i s m u s ist, — das Fraßrecht und die Selbsthilfe, denen soeben vom preussischen Kriegsminister im Reichstag das Wort geredet ist. Die Gegnerin dieses Darwinismus ist allerdings die Sozialdemokratie, aber damit befehndet sie gerade, daß sie die Trägerin der Kultur und des Menschentums gegenüber der Barbarei und Bestialität ist. Der Sozialismus ist die auf alle Gebiete menschlicher Thätigkeit angewandte Wissenschaft. Er will die Gleichberechtigung aller Menschen, den gleichen Antheil aller an den Kulturerrungenschaften. Er will die Erziehung aller Individuen, die möglichste Ausbildung aller Individuen. Bei planmäßiger Erziehung aller Gesellschaftsmitglieder muß das allgemeine Kulturniveau und das Niveau der geistigen wie körperlichen Fähigkeiten der Einzelnen steigen. Und allmähig wird zwischen der Bildung der verschiedenen Individuen eine gewisse Gleichmäßigkeit der Bildung entstehen, während heute der Abstand, infolge der gesellschaftlichen Gegensätze, ein enormer ist. Freilich zur Gleichheit aller Menschen in bezug auf Anlagen und Fähigkeiten werden wir nicht gelangen, eine solche Gleichheit wäre auch der Tod des Fortschritts — die Verschiedenheit der Individuen ist ein notwendiger Kulturhebel. Und so treten wir im Sozialismus für das Recht des Individuums ein, das heute nur dann zur Geltung kommen kann, wenn es der herrschenden Klasse angehört.

Redner schloß seinen Vortrag mit der Ankündigung, daß er demselben einen dritten werde folgen lassen, um dann wo möglich einen Zyklus von Geschichtsvorträgen beginnen zu können.

G. W a g n e r gab den neuen Lehrplan der Arbeiter-Bildungsschule bekannt und forderte zum Beitritt in dieselbe auf, welcher Aufmunterung in einer längeren Pause eine große Zahl der Zuhörer entsprachen. Nach derselben nahm Genosse L i e b l i n e c h t nochmals das Wort, um sich auf eine an ihn gestellte Frage hin über die „Freilandbewegung“ zu äußern. Er stellte den „Freiland“-Versuchen des Herrn H e r z l a dasselbe P i a n o in Aussicht, als den Projekten eines O w e n oder C a b e t; die soziale Frage lasse sich nun einmal nicht an einem Pipel lösen oder gar exportieren. Die meisten Teilnehmer an der Expedition würden mit mathematischer Sicherheit zu Grunde gehen. An der Debatte über diese Frage beteiligten sich noch W a g n e r und L u d w i g, worauf gegen 12 Uhr die Versammlung geschlossen wurde.

Die zweite Volksversammlung, welche zu Gunsten der Arbeiter-Bildungsschule am 5. d. M. stattfand, wurde im Osten (Joel's Salon) abgehalten. Dieselbe war von 4—500 Personen, Damen und Herren, besetzt. Es sprach hier Dr. J a d e l über „Die Darwin'sche Theorie und die Entwicklungsgeschichte der Menschheit“. Redner betonte eingangs seines Vortrages, daß die Darwin'sche Theorie von der christlichen Kirche als im Widerspruch mit ihren Lehren stehend erachtet werde und demzufolge aus den Volksschulen verbannt sei. Selbst B i r c h o w habe die Darwin'sche Theorie eine „unbewiesene Hypothese, welche nicht in die Volksschule gehöre“, genannt. Auch der Vortragende erachtete die Darwin'sche Theorie allerdings für eine Hypothese, die indessen die meiste Wahrscheinlichkeit für sich habe, jedenfalls das Schöpfungsmärchen der Bibel vernichte. Da die Darwin'sche Theorie nun einmal von der Volksschule verbannt sei, hätte es die Arbeiter-Bildungsschule als eine ihrer Aufgaben zu betrachten, die Lücke auszufüllen und die Darwin'schen Lehren ins Volk hinein zu tragen. Redner ging nunmehr auf die Grundzüge der Darwin'schen Theorie ein und behandelte zunächst die Entstehung und gemeinsame Abstammung aller Lebewesen, wie sie die Darwin'sche Lehre voraussetzt, und sodann die Entwicklung der höheren Lebewesen aus niederen Entwicklungsstufen, die höchste Wahrscheinlichkeit der Darwin'schen Theorie in gemeinverständlicher Weise veranschaulichend. Der Entwicklungsgeschichte des Menschen und der Menschheit widmete der Vortragende eine besondere Betrachtung und führte seinen Hörern vor Augen, wie der Kampf ums Dasein, der von Anbeginn an in der Natur tobt, auch unter den Menschen in Gestalt von Klassen- und Klassenkämpfen fortgeführt wird. Redner schloß mit dem Wunsch, daß diese Kämpfe bald zu den historischen Vergangenheit gehören mögen. Dann würde es eine Lust sein, zu leben. Die Ausführungen des Vortragenden wurde lebhafter Beifall gezollt. Im Anschluß hieran plädierte P l a t o w in warmen Worten für Unterstützung der Arbeiter-Bildungsschule. Vom 1. April dieses Jahres ab sei der monatliche Beitrag auf 25 Pfennig herabgesetzt, das Schulgeld ebenfalls auf 25 Pfennig, zusammen 50 Pfennig normirt. Ebenso würden vom 1. April ab nur zwei Schulen bestehen: für den Osten Waldemarstraße 40 (die bisherige Schule in der Markstraße geht ein), die Schule für den Norden bleibe bestehen wie bisher. Für die Ostschule sei Dr. L u x, für die Nordschule Max P l a d als Lehrer für Nationalökonomie, für Gesetzkunde seien drei Rechtsanwälte gewonnen. Auch in der Heimkunde werde Unterricht erteilt werden. Für Geschichte seien zwei tüchtige Lehrer vorhanden. Unterricht im Deutsch wird als neue Kraft Genosse Kraus erteilen. Die Sonnabend-Abende sollen zu Diskursabenden verwendet werden und sind auch hierfür tüchtige Kräfte gewonnen worden. Beide Schulen veranstalten ferner abwechselnd an Sonntag-Nachmittagen öffentliche Vorträge mit anschließendem Kränzchen. Die Schule thue demnach, was in ihren Kräften stehe, möge nun auch die Arbeiterschaft ihre Schuldigkeit thun. Diese Aufforderung verhalte nicht ungehört. Viele Zeichnungen in die Mitgliederlisten fanden statt.

Heber „die Bedeutung der politischen Rechte für die Frauen des Proletariats“ sprach Frau K l a r a Z e i l u Stuttgart am 2. März im „Konjunktions-Salon“, am 5. März in Ahrens' Brauerei in Moabit in von der Frauen-

Agitationskommission einberufenen Volksversammlungen. Die geräumigeren Säle waren fast überfüllt, es herrschte musterhafte Ordnung; den Vortritt führte Frau Marie Greifenberg in der ersten, Frau W e n g e l s in der zweiten Versammlung. Die Referentin führte aus: Das Streben nach Gleichberechtigung habe endlich auch die Frauen ergriffen. Ein gewaltiger Unterschied besteht zwischen den Emanzipationsbestrebungen der Frauen der „höheren“ Stände und den Frauen des Proletariats. Die bisherige Rechtlosigkeit vor dem Gesetz soll nach dem Ausspruch der sogenannten Frauenrechtlerinnen ein Band sein, das alle Frauen verbindet ohne Unterschied der Klasse. Das sei ein Unsinn, denn infolge der Klassengegenstände sind und müssen die Emanzipationsbestrebungen der Frauen der höheren „Stände“ grundverschieden sein von denen der Frauen der arbeitenden Bevölkerung; bei letzteren ist ihr selbstthätiger Dünkel und bei letzteren ihr Elend die Triebfeder.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung und jede Ungerechtigkeit ist notwendiger Weise ein politischer. Ohne politische Rechte kann sie ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln. Den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit kann sie nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Aufgabe der sozialdemokratischen Partei ist es, diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem zielbewußten und einheitlichen zu gestalten. Die Thatsachen sind da, welche die Ansichten der sogenannten „Anarchisten“, eine Besserung der Verhältnisse sei nur durch rein gewerkschaftliche Organisation und durch gewaltthätigen Umsturz alles Bestehenden, zu erreichen, als die Idee von Marx und ihre Thaten als die von politischen Kindschöpfen ausgehend erscheinen lassen. Durch die Entwicklung des Kapitalismus wird Männerarbeit immer mehr durch Frauenarbeit verdrängt. Vom U n t e r e n h e r a l l e in hängt es ab, der Arbeiterin den letzten Schweifstropfen auszusprengen und in klingende Münze umzuwandeln und wenn sie leistungsunfähig geworden, aufs Pflaster geworden. Die Steuerverhältnisse lassen einen Anspruch auf die politischen Rechte herleiten. Der Staat verlangt von jeder Arbeiterin direkte und natürlich auch indirekte Steuern. Hohes Interesse hat die Frau des Proletariats an dem Aufbringen der indirekten Steuern. Sie hat auch ein Interesse daran, daß die ausgebrachten Mittel nicht fast ausschließlich für Militär, sondern eher für Kulturzwecke Verwendung finden und daß sie nicht länger ihre Kinder hungern und zusammengepfercht in engen Schulräumen sehe. Auf das gute Herz, die Fürsorge und Einsicht „von oben“ darf sich die Frau keinesfalls verlassen; sie ist verpflichtet mitzuarbeiten an der Befreiung aus dem Joche des Kapitals. Wir leben im Klassenstaat. Auf der einen Seite sehen wir einen kleinen Theil der Menschheit ihr Leben in Mühseligkeit, Gemüthsleid und allen Lasten verbringen, während auf der anderen Seite die arbeitende Klasse im Elend fast verkommt.

Die Handhabung der Gesetze den Arbeitern gegenüber ist eine sehr strenge, scharfe und draconische. Die Vereinsgesetzgebung, an und für sich reaktionär, wird gegen die Frauen besonders scharf gehandhabt. Die Frau bedarf des Wahlrechts, hat sie Pflichten (und nicht im geringen Maße), so muß sie auch gestattet sein, ihre Verhältnisse zur Erträglichkeit zu gestalten. Sie bedarf dieser Rechte im Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Es würde sich bald zeigen, wie sie dieselben auszunutzen werden. Die Frauen des Proletariats drohen unter der Last ihrer Sorgen und Nöthen zusammenzubrechen; die Frauen der Bourgeoisie verleben ihre Zeit in Tagedieberei. Hinter all ihren Vorurtheilen steht aber nur die Furcht vor dem Klassenbewußten Proletariat, das mit allen Mitteln darauf hinarbeitet, die heutige Gesellschaft hinwegzufegen. Die Proletarierfrau hat einen Bundesgenossen im gesammten Proletariat. Die Umgestaltung in eine Gesellschaftsordnung mit vernünftigerem Wirtschaftswesen kann nur durch den Druck von unten erfolgen. Alles bisher Erhaltene betrachten wir nur als Abschlagszahlung. Die politische Macht ist der Hebel zur Erringung der ökonomischen. Die Zeit birgt noch große Gefahren im Schooß, wir werden sie überwinden; mehr denn je beherrschen die Lohnkämpfe die Welt. Die von uns ererbte Herrschaft bedeutet Aufhebung der Klassenkämpfe und Klassengegenstände und die endliche Hervorbringung der Parole: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die Rednerin schloß ihren etwa zweistündigen, häufig durch besenden Beifall unterbrochenen Vortrag mit der Aufforderung an die Versammelten, sich zu organisiren, sich zu bilden, und die Ideen des Sozialismus in immer weitere Kreise zu tragen. — Nach längerer Diskussion (Gegner meldeten sich nicht zum Wort) gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme in beiden Versammlungen:

Die 2. Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin vollkommen einverstanden. Sie betrachtet es als ihre heiligste Pflicht aller Arbeiterinnen, in Gemeinschaft mit dem namentlichen Proletariat für die Erringung der politischen Rechte einzutreten. Zwingt die heutige Gesellschaft die Arbeiterinnen aus dem Dienste des Kapitalismus ihre Kraft hinzugeben, so ist sie auch verpflichtet, ihr die politischen Rechte zu gewähren. Da der die heutige herrschende Gesellschaft freiwillig den Frauen keine Rechte nicht geben wird, so ist es Aufgabe der Arbeiter, die im Besitz dieser — wenn auch unvollkommenen — Rechte sind, ihr in ihrem Kampf zur Seite zu stehen und thätig mitzuwirken.

Aus der Diskussion in der Versammlung in Moabit ist noch zu erwähnen, daß Frau W e n g e l s eine weitere Resolution einbrachte, die auf ihren Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion im Rathhause überwiesen wurde. In derselben wird mißbilligt, daß der Wagen zum Gesangentransport in der Verleberstraße vor dem Thore hält, wodurch die unglücklichen Opfer der heutigen Ordnung den Blicken der Passanten ausgelegt sind. Genosse P f a r z wies auf die am 18. März im selben Lokal stattfindende Versammlung hin, in welcher Genosse M a g S c h i p p e l referiren wird.

Mit einem brausenden Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie wurden die Versammlungen gegen Mitternacht geschlossen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Teltow-Beetzow-Charlottenburg hatte am 5. März in Charlottenburg eine öffentliche Versammlung, in welcher Reichstags-Abgeordneter W. K l e e s aus Magdeburg über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Handelsverträgen sprach. Redner wies auf die großen Summen hin, welche aus den Zöllen auf Getreide und anderen notwendigen Lebens- und Gemüthsmiteln in die Reichskasse fließen und hauptsächlich von den unteren Schichten des Volkes gezahlt werden, ohne daß diese sich der großen von ihnen aufgebracht Beträge voll bewußt werden. Sei schon aus diesem Grunde die Sozialdemokratie gegen alle indirekten Steuern, so noch mehr wegen der durch die letzteren herbeigeführten Vertheuerung der Lebensmittel. Da nun die Handelsverträge die Zölle herabsetzen und ferner auch wohl eine Zunahme der Arbeitsgelegenheit zur Folge haben werden, so sei das Eintreten unserer Fraktion im Reichstage für die Verträge notwendig. Mit einer Darlegung des sei es in der Wirkung, sei es in der Motivierung abweichenden Standpunktes der bürgerlichen Parteien schloß Redner sein mit Beifall aufgenommenes Referat. In der Diskussion nahm Genosse G e h r l e in zustimmendem Sinne das Wort. Unter Verschiedenem sagte der Vorstand auf Anregung des Genossen Lieb die Niederlegung eines Kranzes auf den Gräbern der März-Gefallenen zu. Genosse G e h r l e stellte fest, daß die Ablegnung von in Charlottenburg erfolgten Arbeitsentlassungen in der „Charlottenburger Zeitung“ eine dreifache Unwahrheit enthielt. Mehrere Genossen bekräftigten dies unter Andrängen der Entkräftung gegen den Besitzer der Zeitung, den Stadtrath G e r z. Allgemeine Verurtheilung fand ferner von einer ganzen Anzahl von Rednern die in der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte Bewilligung von 40 000 Mark für das Kaiser Wilhelm-Denkmal.